

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3  
Kernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97  
Expedition Moritzplatz 11753-54

Sonnabend, den 10. Dezember 1921

Vorwärts-Verlag S.m.d.h., SW 68, Lindenstr. 3  
Kernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-  
Abteilung Moritzplatz 11753-54

## Rheinlandkommission gegen Rechtspflege.

### Deutschland protestiert.

W.B. hört, daß das Auswärtige Amt die deutschen Missionen in Paris, London und Brüssel angewiesen hat, Protest einzulegen wegen der auf Anordnung der Rheinlandkommission erfolgten Haftentlassung des Redakteurs Smeets in Köln, der wegen Nichterscheinens in einem gegen ihn wegen Beleidigung anstehenden Straftermin verhaftet worden war.

### Die Rechtslage.

Im Artikel 3 des Rheinlandabkommens vom 28. Juli 1919 wird bestimmt: „Die deutschen Gerichte üben ihre Gerichtsbarkeit in bürgerlichen und Strafsachen, abgesehen von den in den nachstehenden Absätzen erwähnten Ausnahmefällen, weiter aus.“ Diese Ausnahmefälle betreffen die Streitkräfte der Befehlungsarmeen und die ihnen zugeteilten Personen, sowie sämtliche von diesen Truppen angeführten und in ihren Diensten befindlichen Personen. Gehört Herr Smeets zu diesen Personen?

Smeets hatte sich bereits in früheren Terminen der Verhandlung durch Anträge, in denen er die Richter als befangen erklärte, entzogen. Zum Termin vom 5. Dezember hatte die Strafkammer einen aus nichtigen Gründen gestellten Verlegungsantrag bereits am 3. Dezember durch formellen Beschluß verworfen und ihn Smeets in seiner Wohnung zuteilen lassen. Gleichwohl blieb Smeets am 5. Dezember ohne Entschuldigung aus. Gemäß § 229 der Strafprozeßordnung, welcher besagt, daß gegen einen ohne genügende Entschuldigung im Verhandlungstermin ausbleibenden Angeklagten Haftbefehl zu erlassen ist, ordnete die Strafkammer daher seine Festnahme an. Wie eine Berordnung, die nur auf die Waffenstillstandszeit Bezug hat, ein Eingreifen in diesem Falle, wo es sich um Vergehen aus jüngster Zeit handelt, nötig machen soll, ist unersichtlich.

### Rheinischer Richterprotest.

Der bereits angekündigte Beschluß des Buzergerichts Köln lautet:

Nach dem Bericht gewordenen Mitteilungen hat die Befehlungsbehörde die Vollstreckung eines durch eine hiesige Strafkammer erlassenen Haftbefehls verhindert. Dieses Vorgehen enthält nach der Auffassung des Gerichts einen

### unzulässigen Eingriff in die Rechtspflege,

die den geltenden Bestimmungen nicht entspricht. Unter diesen Umständen ist für das erkennende Gericht nicht die Gewähr für eine unparteiische, unbeeinflusste und unabhängige, in voller Freiheit sich vollziehende Rechtspflege geboten, die für die Fassung seiner Entscheidungen unbedingt erforderlich ist. Das Gericht lehnt deshalb ein Verhandeln aller anstehenden Prozesse bis zur Wendung dieses Zustandes ab und hebt hervor, daß es in gleicher Weise verfahren würde, wenn eine einheimische Behörde sich eines gleichen Eingriffes schuldig machen würde. Der Beschluß wurde einstimmig von dem mit berufenen und Beisitzenden befehligen Buzergericht gefaßt und den anderen Gerichten mitgeteilt.

Daß gerade die Buzerkammer diese Maßnahme ergriffen hat, ist begreiflich; sind doch so manche ihrer „Klienten“ Ententebürger und es könnte ja der Tirard-Kommission gefallen, solche Herren der Justiz zu entziehen.

## Das Rätsel von London.

Ueber die Besprechungen, die in den zwei letzten Tagen zwischen dem englischen Schatzminister Sir Robert Horne, dem französischen Wiederaufbauminister Loucheur und dem offiziellen deutschen Abgesandten Rathenau in London stattgefunden haben, ist bisher nichts Positives gemeldet worden. Doch geht aus verschiedenen Pariser Blätterstimmen hervor, daß Frankreich an seinem ursprünglichen glatten Beto gegen ein Moratorium nicht mehr unbedingt festhält. Es will aber anscheinend dennoch am 15. Januar seinen Reparationsanteil erhalten und schlägt zu diesem Zweck die Gewährung einer kurzfristigen Ententeanleihe an Deutschland vor. Ueber die Bedingungen, die an die Gewährung des Moratoriums bzw. der Anleihe geknüpft werden sollen, herrscht allerdings noch absolute Ungewißheit. Auch hierin ist man auf französische Gerüchte angewiesen und diese lauten, wie nicht anders zu erwarten, recht ungünstig: danach würden die Alliierten eine Art Finanzkontrolle über Deutschland planen und namentlich dafür sorgen, daß unser Etat in Ordnung gebracht wird und daß unsere Notenpresse ihre Tätigkeit einstellt. Andererseits würden sie für die zu gewährende Anleihe irgendwelche Garantie von der deutschen Industrie verlangen.

Das alles eröffnet uns wenig rosigte Perspektiven und dennoch ist ein Abkommen, durch das Deutschland eine genügende Erholungspause erhalten würde, immer noch besser als jene wirtschaftliche und politische Katastrophe, die unfehlbar eintreten müßte, wenn die Entente auf ihrem Schein bestünde.

In Ermangelung sicherer Nachrichten über die bisherigen Ergebnisse der Besprechungen von Horne, Rathenau und Loucheur ist man zur Beurteilung der Lage wesentlich auf das Bild angewiesen, das der internationale Finanz-

### Der Haftentlassungsbefehl.

(W.B.) Die Interalliierte Rheinlandkommission hat durch den Beschluß vom 8. Dezember verfügt, daß der auf Grund eines Haftbefehls der Strafkammer des Landgerichts Köln festgenommene Herausgeber der Zeitung „Rheinische Republik“ auf Grund der Berordnung 70 Artikel 1 § 5 letzter Absatz bis zur endgültigen Entscheidung in Freiheit zu setzen sei, nachdem sein Verteidiger sich bei der Rheinlandkommission auf die Bestimmung der Berordnung berufen hatte.

### Die vertagte Verhandlung.

Köln, 9. Dezember. (W.B.) Gegen Smeets sollte heute morgen 9 Uhr vor Gericht verhandelt werden. Der Angeklagte erschien um 11 Uhr. Verteidiger Wolf-Düsseldorf beantragte gemäß Ordnnung 70 Artikel 3 der Rheinlandkommission zunächst Aussetzung des Verfahrens, da das Verfahren wegen politischer Vergehen, die während des Waffenstillstands verübt worden sind, nicht durchgeführt werden könne. Die unter Anklage stehenden Beleidigungen des Reichspräsidenten, des Kriminalkommissars Priße und des Postsekretärs Hertes aus Mors seien der einseitige Ausfluß der politischen Haltung des Angeklagten, der seine Zeitung während des Waffenstillstandes gründete, in der er fortgesetzt die deutschen und preussischen Staatsbeamten angegriffen habe. Die Beleidigungen seien also unter die Bestimmungen über

### straflose politische Handlungen während des Waffenstillstandes.

Der Verteidiger lehnte unter Berufung auf Ordnnung 2 Artikel 15 und 17 die Zuständigkeit der deutschen Gerichte in diesem Falle ab, bis eine Entscheidung der Rheinlandkommission ergangen sei darüber, ob die Sache, entsprechend dem Antrage des Angeklagten, vor dem Gericht der Rheinlandkommission zu verhandeln sei. Staatsanwalt Dahn erklärte, es handle sich um Einzelfälle und nicht um eine fortgesetzte Handlung. Die Beleidigungen seien in den Jahren 1920 und 1921 erfolgt. Der Verteidiger erwiderte, schon aus der Tatsache, daß die Rheinlandkommission eingegriffen habe, gehe hervor, daß es sich hier um eine politische Handlung drehe, die sich auf die Zeit des Waffenstillstandes beziehe. Das Gericht verordnete nach einstündiger Beratung den Beschluß, es sei zu der Ueberzeugung gelangt, daß nicht die Rede davon sein könne, daß die Voraussetzungen der Bestimmungen der Rheinlandkommission vorliegen, nach denen wegen politischer Handlungen

### während des Waffenstillstandes

Verhaftungen oder Gerichtsverhandlungen nicht vorgenommen werden dürfen. Der Angeklagte habe als Redakteur der „Rheinischen Republik“ in den beanstandeten Artikeln dem Reichspräsidenten Ebert vorgeworfen, daß er sich durch Schiebungen Lebensmittel verschafft habe. Gegen den Kriminalkommissar Priße-Köln habe er den Vorwurf des Meineides und der Unehrlichkeit erhoben. Den Postsekretär Hertes aus Mors habe er aus Anlaß des Streiks am Niederrhein als Banditen bezeichnet. Es könne hier von keiner politischen Handlung die Rede sein und die sachlichen Voraussetzungen der angezogenen Berordnungen lägen nicht vor. Das Gericht habe daher beschloffen, alle Einwendungen zurückzuweisen. Der Verteidiger erklärte darauf, daß er sich das Recht der Beschwerde gegen diesen Beschluß innerhalb 8 Tagen vorbehalte. Der Staatsanwalt betonte noch, daß die Haftentlassungsvorlegung auf Berordnung 70 der Rheinlandkommission Bezug nehme. Es entziehe sich seiner Kenntnis, auf Grund welcher Mitteilungen die Rheinlandkommission zu dieser Entscheidung gekommen sei. Der Vorsitzende verordnete darauf den Beschluß, die Verhandlung entsprechend dem Antrage des Verteidigers vorläufig auszusetzen. Irigendwelche politischen Gründe seien für diesen Beschluß nicht maßgebend gewesen.

markt seit einigen Tagen bietet. Tatsächlich wird auf allen Börsen in Europa und Amerika auf der Grundlage der mutmaßlichen Ergebnisse der Londoner Verhandlungen spekuliert. Und überall, ob in der New Yorker Wall-Street oder am Londoner Stock Exchange oder in der Berliner Burgstraße, herrscht offenbar die Auffassung, daß die Verhandlungen für Deutschland günstig stehen: überall ist seit drei Tagen eine ständige Erholung der deutschen Mark eingetreten. In dieser Hinsicht geht New York stets voran und die europäischen Märkte reagieren prompt darauf in gleicher Weise. So hat am gestrigen Tage die Berliner Börse etwa den gleichen „schwachen“ Dollarkurs erreicht, wie am 1. Dezember, an jenem „schwarzen Donnerstag“, wo Zehntausende von deutschen Spekulanten sich das Genick brachen.

London, 9. Dezember. (W.B.) Amlich wird mitgeteilt: Schatzkanzler Sir Robert Horne und Minister Loucheur setzen Lloyd George heute von dem Inhalt ihrer gestrigen Besprechungen über das Wiesbadener Abkommen und allgemein über die Reparationen in Waren in Kenntnis. Man kam zu dem Schluß, daß ein informeller Meinungsaustrausch zwischen Briand und Lloyd George wünschenswert sei. Wie Reuters vernimmt, wurde vereinbart, daß Briand noch vor Weihnachten zu einer Besprechung mit Lloyd George nach London kommen soll. Loucheur ist heute abend nach Paris abgereist.

London, 9. Dezember. (W.B.) Der politische Berichterstatter der „Evening News“ schreibt, die Regierung, die für eine Verschlebung der Reparationszahlungen sei, wäre durch nachträgliche Vorstellungen von Seiten der Londoner City veranlaßt worden, die dafür eintrete, daß Deutschland eine Atempause gewährt werde. Lloyd George habe Rathenau bisher noch nicht gesehen, es sei wahrscheinlich, daß eine Zusammenkunft zwischen beiden stattfinden werde.

## Bankkrach und Börsenangst.

In den Redaktionen vieler bürgerlicher Blätter lautet es Alarm: der Dollar sinkt! Man könnte meinen, es nahe der Untergang der Welt oder doch zum mindesten Deutschlands. Die „Tägliche Rundschau“ z. B. hat gestern ihren Abonnenten den Appetit aufs Abendbrot verdorben. Meldet sie doch auf der ersten Seite oben in fettem Druck:

### Börsenkrach.

Der Zusammenbruch der Pfälzischen Bank hat trotz der Intervention der Deutschen Bank im Publikum große Bestürzung hervorgerufen. Das Vertrauen zur Börse ist erschüttert. Die Banken mahnen ihre Kundschaft zur Umwidmung schwebender Verbindlichkeiten. Die Besitzer von Wertpapieren suchen ihre Bestände abzustufen und Kursgewinne mitzunehmen, die etwa noch vorhanden sind. Bei hartem Angebot gingen die Kurse heute abermals stark zurück. In diesen Sonderwerten beläßen sich die Verluste gegen die vorgestrichen Notierungen auf Hunderte von Prozente. Auch der Devisenmarkt war matt. Wechsel auf Holland gingen um 600 M. auf 6750 M. zurück. Der Dollar wurde bei scharfen Schwankungen mit etwa 188 1/2 M. angeboten.

Uns scheint, der Anlaß zur sich weiter fortsetzenden Senkung der fremden Devisen und der heimischen Effektenkurse ist etwas eng gesehen, wenn man ihn vorwiegend im Zusammenbruch der Pfälzischen Bank sucht. Er ist ja selbst nur ein Symptom. Dennoch verdient der Zusammenbruch der Pfälzischen Bank nach mehr als einer Seite recht eingehende Beleuchtung.

Borerit muß festgestellt werden, daß die Pfälzische Bank nicht 340 Millionen und damit Aktienkapital, offene und stille Reserven d a u r c h verlor, daß einer ihrer Rindener Filialleiter zu wild auf das zunehmende Cleud Deutschlands spekulierte, ein Engagement über das andere türmte, um sich zu retten, während er damit doch nur die Laminie entfesselte, die ihn begrub. Der Krach entstand dadurch, daß die eigentlich Schuldian einige Wochen zu früh auf eine Steigerung der Markt rechneten. In Voraussicht dieser Entwicklung verkaufte der Münchener Filialdirektor im besonderen Schweizer Franken für späteren Termin blanko. Das heißt, er schloß Geschäfte ab, die ihn dazu verpflichteten, zu bestimmten Terminen und zu festgelegtem Preis Schweizer Franken zu liefern. Er hoffte auf eine Besserung der Lage Deutschlands, auf ein Steigen der Markt und ein Fallen der ausländischen Wäuten. Das Geschäft hätte dann darin gelegen, daß er am Lieferstage Schweizer Franken geben konnte, die er billiger eingekauft hatte, als sie der Nehmer zahlen mußte. In die Zeit dieser laufenden Engagements fiel aber der Kurssturz der deutschen Markt; so kam der Zusammenbruch; es mußten die Franken viel billiger geliefert werden, als sie eingekauft werden konnten.

Der normale Bürger entrüftet sich über den Mann, der so unerantwortlich, ja verbrecherisch gehandelt habe. Das sagt man von jedem, der stiehlt und sich erwischt läßt. Wir müssen demgegenüber feststellen, daß die gesamte Devisenspekulation zu 90 Proz heute mit wirtschaftlichen Notwendigkeiten nichts zu tun hat. Der Terminhandel, der in seinem Wesen bedeutet, eine gewisse Preisfestigkeit und Kalkulationsicherheit für diejenigen zu schaffen, die mit dem Ausland in geschäftlicher Verbindung stehen, ist heute mit das raffinierteste und ausgedehnteste Wettspiel, das man sich nur denken kann. Es wird, wie man im Börsenjargon sagt, „gefickt“, nicht aus einer wirtschaftlichen oder sonstigen Notwendigkeit heraus und auch nicht, um am Tage der Fälligkeit das eingegangene Geschäft wirklich auszuführen, sondern nur zu dem Zweck, um bei Ablauf des Termingeschäftes die Differenz zu gewinnen oder zu verlieren.

Aus diesem Grunde ist die allgemeine Entrüstung der bürgerlichen Handelspresse reichlich unangebracht. Was der Mann in München tat, das tun ja jetzt sämtliche oder doch so gut wie sämtliche Banken und Bankiers. Dabei handelt es sich durchaus nicht um kleine Summen. Man bedenke doch, daß allein die Münchener Filiale der verkrachten Pfälzischen Bank zeitweise bis zu 600 Millionen Mark solcher Engagements laufen hatte. Der Zusammenbruch der Pfälzischen Bank beleuchtet Mikortia eine der gefährlichsten Auswirkungen unerwarteter schwieriger Marktverhältnisse.

Beachtet man den eben geschilderten Tatbestand, dann wirkt der Krach: man hat des „Vertrauen zur Börse“ verloren, ungefähr so, als ob ein Mann, der Wasser kocht und zugleich mit Eisstücken abkühlt, über den Thermometer während wird, der seinen Unsin registriert. In Wirklichkeit liegen die Dinge doch so, daß das spekulierende Publikum — und das ist heute alle Welt, soweit sie Geld hat — durch die Tatsachen zwangsweise davon überzeugt wird, daß die Spekulation auf Deutschlands Cleud nicht so glatt und ergebnisreich verläuft, als bisher gehofft wurde. Und die Banken, die zugleich Geschlossene und Schiebende sind, sie stehen bei diesem plötzlichen Witterungsumschlag unter einem Druck, den manche nicht ohne weiteres vertragen kann.

Zu bewundern ist, mit welcher Schnelligkeit und Sicherheit die Banken, im besonderen die Deutsche Bank, die

mit dem Zusammenbruch der Pfälzischen Bank drohende Zerrüttung der gesamten pfälzischen industriellen und gewerblichen Kreditverhältnisse verhindert haben. Die Pfälzische Bank hat in etwa 50 Orten Filialen und Depositionskassen, so in München, Frankfurt a. M., Bamberg, Augsburg, Nürnberg und Fürth rechts des Rheines. Auf linksrheinischem Gebiet ist sie bis in die kleineren Städte vorgedrungen; sie spielte in Mannheim, Birmasens, Neustadt a. d. S., Zweibrücken usw. eine große Rolle. Kam der Pfälzischen Bank keine Hilfe, so brach mit ihr Handel und Gewerbe in ihrem gesamten Ausbreitungsgebiet zu einem erheblichen Teil zusammen; hatte doch München die Geldvorräte aller Filialen an sich gesaugt. Ende 1920 betrugen die bei der Pfälzischen Bank und ihren Filialen liegenden fremden Gelder rund 1100 Millionen! Seither war diese Summe wesentlich gestiegen.

Die Sanierung geht nach einem einfachen und doch genialen Plan vor sich. Die Filialen rechts des Rheines übernimmt die Deutsche Bank, die links des Rheines die Rheinische Creditbank, ein Unternehmen, das zum Konzern der Deutschen Bank gehört und der Pfälzischen Bank geschäftlich nahestehend. Die Deutsche Bank steckt also in Wirklichkeit das Gesamtgeschäft der Pfälzischen Bank ein. Damit hat sich unsere größte deutsche Bank mit einem Aufwande erheblich weiter ausgedehnt.

Mit dieser Ausdehnung sicherte die Deutsche Bank zugleich die Deckung der gesamten Verluste der Pfälzischen Bank zu, soweit deren Aktientkapital, ausgewiesenen und geheimen Reserven nicht ausreichen. Es handelt sich um einen offenbar bleibenden Betrag, der wohl über 200 Millionen Mark ausmacht.

Die Rheinische Creditbank erhöht jetzt auf Grund der pflichtlichen Ausdehnung ihres Geschäfts ihr Kapital um 120 Millionen Mark. Die Deutsche Bank erhält von den jungen Aktien 90 Millionen Mark zum Nennwert, zu pari. Dabei wird sie, da die Aktien der Rheinischen Creditbank erheblich über 300 liegen, einen Kursgewinn von — über 200 Millionen Mark erzielen. Es wird sich wohl um einen Betrag handeln, der ausreicht, um die Kosten der übernommenen Deckungsverpflichtung wieder einzubringen. So dehnt sich unser größtes Bankinstitut erheblich aus und zahlt dafür eigentlich keinen Pfennig.

Man sieht an diesem praktischen Beispiel, welche Elastizität und welche Widerstandskraft im großen Finanzkapital stecken, wie es verdient und wie es sich auszudehnen versteht. Es wird jetzt ganz allgemein die Deutsche Bank wegen ihrer großzügigen Hilfe gelobt. Uns scheint, das Lob müßte mehr ihrer Organisations- und Dispositionsfähigkeit gelten und man sollte etwas genauer hinschauen. Dabei würde bald zu verstehen sein, warum die Deutsche Bank so freundlich geholfen hat.

Der Banktrach selbst, der doch nur ein Symptom ist, sollte aber der Reichsregierung ein letzter Wink sein, den Devisenhandel schleunigst in geordnete Bahnen zu bringen. Da genügt durchaus nicht die eidesstattliche Versicherung über Devisenbesitz in so einfacher Form, wie sie jetzt verschiedentlich debattiert wird. Das Reich muß das Recht bekommen, die von Banken und Privaten im Inland und im Ausland gehandelten Devisen vorerst jederzeit statistisch klar erkennen zu können. Es bleibt dabei die Frage zu erwägen, ob man dann nicht unter Rückendeckung gegen in- oder pseudo-ausländischen schwarzen Devisenhandel für die Devisen den gleichen Depotzwang wie für die Effekten einführen soll. Sobald die Reichsregierung erst einmal erkennt, welche Mengen von Devisen in Deutschland und bei Deutschen auch auf ausländischen Konten dauernd „schwimmen“, dann wird sie, durch den Umfang der sich dabei ergebenden Zahlen erstaunt, gar nicht anders können, als daß sie zuseht. Man komme uns nicht mit der Behauptung, daß sich das nicht kontrollieren lasse. Es erscheint ganz ausgeschlossen, daß die Hundertmillionen-Engagements der Münchener Filiale der Pfälzischen Bank in den Büchern unsichtbar gewesen sind. Ließen sie doch in ihrer Mehrheit z. B. auch über die Konten Berliner Banken und hier mußten sie auch wieder sichtbar werden.

Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Und wenn der Zusammenbruch der Pfälzischen Bank, der überdies durchaus nicht der einzige zu bleiben braucht, diesen Willen stärkt, weil er eine Gefahr für das gesamte deutsche Wirtschaftsleben signalisiert hat, dann hat auch er etwas genügt.

## Der Fall Schellen.

München, 9. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die Meldung daß der preussische Geschäftsträger in München, Ministerialrat Schellen, einen mehrwöchigen Urlaub angetreten, hat in der bayerischen Presse den Streit um diesen Mann wieder neu aufleben lassen. Die sozialdemokratische und demokratische Presse erneuert ihre Anklagen, daß Schellen durch seine deutschnationalen Machenschaften lediglich Konflikte zwischen Bayern und dem Reich herbeiführen und den Wiedereintritt der Deutschnationalen in die Regierung erreichen wollte. Jetzt geben selbst rechtsstehende Blätter zu, daß Schellen vor einem Vierteljahr dem preussischen Ministerpräsidenten Stegerwald veranlaßt hat, im Verfassungstreit zwischen Bayern und dem Reich dem Reichstanzler Dr. Birth in den Rücken zu fallen. Erfreulicherweise wohnt das führende Organ des linken Flügels der bayerischen Volkspartei, die „Augsburger Postzeitung“, bringend davor, „preussischen Kastengeißel und preussische Herrschaft mit dem berechtigten bayerischen Föderalismus zu verwechseln“. „Die Interessen Bayerns“, schreibt sie, „sollen immer noch mehr mit denen des Reiches zusammen wie mit denen des Alpenkontinents. Hier kann allerdings die Person, die Preußen bei uns vertritt, von großer Bedeutung werden“. Im übrigen benutzte die bayerische Rechtspresse die Beurteilung Schellens zu scharfen Angriffen gegen den Genossen Südekum. Sie behauptet, daß seine Berufung als Staatskommissar für die Groß-Hamburger Frage der Dank der Reichsregierung für seine ihr in München geleisteten Dienste sei.

Im bayerischen Landtag gab es wieder eine Aarmszene. Die Sozialdemokratische Partei hatte einen Antrag der U.S.P. auf sofortige Entlassung der in Niederhöhenfeld eingesperrten Landtagsabgeordneten gegen die Front der bürgerlichen Parteien durchzubringen versucht. Der Antragsteller führte u. a. aus: „als kürzlich die Genfer Kommission in München war, habe sie sich sofort nach dem Abg. Loller erkundigt. Die Dramen Lollers, die im Auslande auf die Bühne kommen, hätten viel mehr zur Klärung des deutschen Namens beigetragen, als alle Reden der Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei“. Hierauf erhob sich ein großer Sturm der Entrüstung auf der Rechten. Der Präsident schloß mit einer Rüge für den Redner die Sitzung.

## Nationaldeutsche Juden.

Der „Verband nationaldeutscher Juden“, der von Dr. Rag Raumann geleitet wird, hatte unlängst eine Versammlung einberufen, zu der auch „nichtjüdische Deutsche“ aus allen Lagern geladen und erschienen waren. Der Vorherrscher weiterer „gegen alles undeutsche Wesen auch im jüdischen Lager“ und forderte eine deutsche Einheitsfront aller national empfindenden Elemente. In der Debatte sprach der deutschnationale Herr v. Oppeln-Bronkowsky. Er sagte, seine Partei gelte und sei zum großen Teil antisemitisch, doch befinde sich in ihr eine starke Minderheit, die den antisemitischen Rummel nicht mitmache. Staatsminister v. Posadowsky-Wehner, die Abgeordneten Ritter und Delbrück seien keine Antisemiten und kämpften energisch gegen den in der Partei herrschenden Unfug. Es sei zu hoffen, daß die Partei sich nicht länger von einer kleinen Gruppe deutschjüdischer Tyrannen lassen werde. Der deutschnationale Redner wandte sich dann scharf gegen Ludendorff.

Für die Deutsche Volkspartei sprach der Abg. Kempkes sein Einverständnis mit den Zielen des Verbandes aus, an denen ihm das „bestimmte Austritten gegen das Ostjudentum“ besonders gut gefalle. Von den Demokraten sprach Abg. Helmke, von der Sozialdemokratie unser Genosse Erwin Barth gegen den Antisemitismus. Der Chefredakteur des „Berliner Lokal-Anzeigers“ (der mit

jüdischen Redakteuren stramm deutschnationaler Politik treibt), Herr Dr. Nestreich, schloß sich ihnen an.

Die ganze Veranstaltung, die jetzt seit Tagen in der rechtsstehenden Presse ausführlich kommentiert wird, nimmt sich recht selbstverständlich an, daß Menschen, die unter Deutschen in deutscher Sprache und Kultur erzogen sind, eben nichts anderes sein können als Deutsche. Wenn sie zufälligerweise Juden sind, so haben sie allerdings neben den hundert Gründen, die für andere gelten, noch einen hundertsten, keine Antisemiten zu sein. Durch ein Kokettieren mit Parteien, in denen sie nicht gebildet oder wegen ihrer Abstammung über die Ähmel angesehen werden, könnten sie sich nur verächtlich machen.

Gerade wer von deutscher Kultur eine hohe Vorstellung hat, wird in der antisemitischen Rasenhebe etwas ganz Undeutsches erblicken. Und vom Standpunkt einer klugen deutschen Politik aus gibt es auch nichts Dümmeres als sie. Denn der größte Teil der in der Welt verstreut lebenden Juden hat starke innere Beziehungen zum Deutschland und kann nützlich wirken. Bekämen wir aber in Deutschland Zustände, wie sie in Rußland unter dem Zarenismus herrschten, so würden sich diese Freunde zu Feinden verwandeln. Das ist, wenn man schon Gesichtspunkte der Internationalität und der Menschlichkeit nicht unmittelbar gelten lassen will, ein Grund, auch das ostjüdische Problem mit einiger Vorsicht zu behandeln.

Da die deutschnationale Politik nie etwas anderes gewußt hat, als die ganze Welt zum Haß gegen Deutschland zu erziehen, ist sie konsequenterweise auch antisemitisch. Das geistige Wesen der Deutschnationalen wird darum auch nicht von Delbrück und Posadowsky repräsentiert, sondern von Wulle.

## Der kommunistische Spitzelsumpf. Ein Hilferuf an die Sozialdemokratie.

Die Zentrale der K.P.D. richtet an den Parteivorstand die öffentliche Aufforderung, dahin zu wirken, daß die der Sozialdemokratischen Partei angehörigen Beamten alle in der K.P.D. wirkenden Spitzel öffentlich entlassen sollen. Wir müssen es dem Parteivorstand überlassen, ob er sich zu dieser Anregung äußern will, möchten aber von uns aus dazu folgendes bemerken:

Die Aufforderung der K.P.D.-Zentrale entspringt der Verzweiflung über die Tatsache, daß die K.P.D. bis oben hinauf mit Spitzeln durchsetzt ist. Wenn aber die Zentrale eine Parallele zieht zwischen dieser Erscheinung und ähnlichen in der Zeit des Sozialistengesetzes, so geht sie vollständig fehl. Damals handelte es sich um Nichtgenossen, die von den Behörden dafür bezahlt wurden, daß sie sich in die Organisationen einschlichen, um dort Spionage zu treiben. Ein ähnliches System besteht heute nicht mehr, würden sich Anzeichen von ihm zeigen, so würden wir dafür eintreten, daß es mit Stumpf und Stil ausgerottet wird.

Heute aber, bei der K.P.D. handelt es sich um eine Partei, in der sich moralisch nicht einwandfreie Elemente hausenweise zusammengefunden haben, um Leute, die zu jeder Lumperei fähig sind, heute zur Anstiftung gemeiner Verbrechen, morgen zur Anzeige ihrer Kameraden bei den Behörden. Kommen Anzeigen über geplante Gesetzwidrigkeiten, so sind die Behörden verpflichtet, sie nachzuprüfen. Das muß natürlich mit der allergrößten Vorsicht und mit richtiger Einschätzung des Charakters der Anzeiger geschehen, aber es darf nicht unterlassen werden, weil sich die Behörden sonst, wenn es wirklich zu Gewalttätigkeiten und Blutvergießen kommt, den schwersten Vorwürfen aussetzen würden.

Darum wird die K.P.D. für ihre moralische Reinigung, die wir nicht für weniger notwendig halten als sie selbst, in erster Linie selber sorgen müssen. Der Versuch, die Spitzeln auszumergen, wird vergeblich bleiben, solange die moralische Rinderwertigkeit in der K.P.D. so wie bisher dominiert. Hat die K.P.D. einmal endgültig Schluss gemacht mit dem illegalen Schwindel und den Putschverschwörungen, hat sie endlich aufgehört, eine Zufluchtsstätte zweifelhafter Elemente verschiedenster Art zu sein, dann wird sich auch ihre Reinigung vom Spitzelwesen unschwer durchführen lassen, und die Sozialdemokratische Partei wird ihr gern dabei helfen.

Denn eine so schmutzige Einrichtung, wie die berüchtigte Tscheka, die sowjetrussische Geheimpolizei, wollen wir bei uns nicht dulden!

## Die Greisin mit der Spieluhr.

Von Max Hochdorf.

Jede Nacht, wenn ich heimkomme, sieht die Greisin auf dem tragenden Granit des Gartengitters und läßt die Spieluhr gehen. Jede Nacht werke ich ihr einiges in den Schoß, und dann fängt sie an, mit leiser Stimme die Melodie der Rußlied mitsingen. Sie mag fünfzig Jahre sein, sie mag auch schon achtzig Jahre zählen. Jedemal will ich sie fragen, wie das sei und wie es um sie stehe. Aber jedesmal schlägt sie die Augen zur Erde, und es ist nach niemals möglich gewesen, ein Gespräch mit ihr zu führen. Sie hat im Hochsommer schon auf ihrem Sockel getrauert; der frostige Ostwind hat sie noch nicht vertrieben.

So bleibt sie geheimnisvoll und traurig, und während der fünf Minuten, die der Heimweg noch dauert, fällt sie die Gedanken des Heimkehrenden aus. Sie muß doch eine Hausung haben, sie muß doch leben, obwohl sie halbtot scheint, es muß sich doch einer um sie kümmern, ein anderer als alle Menschen, die wohlverdient und fröhlich an ihr vorbeikommen. Manchmal stelle ich mich zu ihr. Ich wartete, sie sollte sprechen. Sie sprach niemals, sie sang nur, sie sang trübend und einträglich: „Das schönste Grab, das ich auf Erden hab ...“ Das Bekantentum wurde nicht für die Greisin gedichtet. Sie aber hat es ins Herz genommen, und es scheint, daß sie mit diesem wehmütigen, erschreckend trübseligen Singen das Einzige vermag, was sie zu beichten hat. Das Grab, das Grab, das irgendwo liegende, unbekante mit vermodertem Grün bedeckte Grab ist ihre einzige Erinnerung.

Ein Mensch, der jetzt nächstmal auf dem Steine sitzt, müßte krank werden, und wären seine Knochen auch kerngesund. Die Bettlerin mit der Spieluhr übersteht alles. Sie ist so schwach und doch härter als die frischeste Jugend. Sie ist ein rätselhaftes Wesen. Man staunt sie an wie irgendein vom Schicksal abgegebildetes Splinterlein. Man befragt sie und fragt, warum die Obrigkeit sich um die bettelnde Greisin nicht kümmert. Rätsel über Rätsel und keines zu lösen.

Ich habe beobachtet, daß auch andere Leute neugierig waren und an die bettelnde Sängerin ein freundlich fragendes Wort richteten. Sie hat niemals geantwortet. Sie hat immer nur ihre kläppelige Spieluhr gedreht und gelungen. Da sie keine Antwort geben will, ist es nutzlos, weiter in sie zu dringen.

Die Greisin ist vielleicht ein sehr irdisches Stücklein Unglück. Sie ist vielleicht auch ein sehr irdisches eigenartiges und verstocktes Landstreicherkind. Sie ist vielleicht aus allen diesen Gründen ein sehr seltsames, über die Erde emporgehobenes Seelchen. Sie ist, wenn sie so bewegungslos hockt, beleuchtet nur von nebligem Laternenlicht, die Augen niederhängend und das Gesicht in ein schwarzes Tuch einhüllend, anzusehen wie ein steinernes Denkmal. Wer mit einem Gewissen vor das Bildnis tritt, wird den Zeigefinger auf die menschlich taumelnden, Nachtwandler, ausstrecken und rufen: „Eure

Schuld!“ Wer in Leichtfertigkeit vor das Bildnis tritt, wird die Schlein zuden und sich brüsten: „Gott sei Dank, daß ich ...“

Vielleicht hat der Bewusstseinsbesitzer allein recht. Es ist möglich, daß der im Bekantentum die Gedanken Abkühlende nicht minder auf sein Recht pochen darf.

Die Greisin auf dem Gartengitter läßt von sich aus und durch ihre Deutung das Rätsel nicht. Sie dreht nur ihr Spielwerk und singt dazu:

„Das schönste Grab, das ich auf Erden hab ...“

Der Name der Slawen. Ueber die Bedeutung des Wortes „Slawen“, der Bezeichnung der großen osteuropäischen Völkerfamilie, die jetzt mit neuen Staatenbildungen auf den Plan tritt, ist viel gestritten worden, wohl ebenso viel wie über die Herkunft des Wortes „Germanen“. Alle diese Volks- und Rassenamen verlieren sich im Dunkel der Urgeschichte. Die Russen leiteten den Stammesnamen gern von dem Worte „Slawa“ ab, was „Ruhm“ bedeutet. Die Slawen wären also die „Berühmten“. Aber diese dem nationalen Chauvinismus entsprungene Deutung ist nie ernst genommen worden. Eher schien eine andere Ableitung Sinn zu haben. Alle slawischen Völker bezeichnen bekanntlich die Deutschen als „Remech“ oder „Hemci“ oder dgl., je nach dem Dialekt. Das Wort bedeutet „Stamm“. Die Deutschen wurden als Stamme bezeichnet, weil man sich mit ihnen nicht verständigen konnte. Im Gegensatz dazu würden die Slawen als die „Redenden“ zu denken sein. „Slawa“ bedeutet „das Wort“. Neuerdings ist eine andere Erklärung aufgetaucht, die das Wort Slawen von einem gotischen Stamm „Slawan“ herleitet will. Dies Wort bedeutet „Schweigen“, es wäre also das gerade Gegenteil von den „Redenden“. Man hätte also zu denken, daß die alten Goten ihre slawischen Nachbarn, mit denen sie sich schwer unterhalten konnten, ebenso als „Schweiger“ angesehen hätten, wie diese ihrerseits aus demselben Grunde in den Germanen „Stumme“ sahen. Ob dieser Erklärungsversuch mehr Wahrscheinlichkeit enthält als die anderen, wagen wir nicht zu entscheiden. Diefelbe Unsicherheit wiederholt sich bei den Namen der einzelnen Slawenvölker, den Tschechen, Polen, Wenden usw. Den Namen der Kroaten beispielsweise hatten ältere Gelehrte von den Karpaten abgeleitet, was allerdings unwahrscheinlich klingt. Ein neuerer Forscher, Kosmer in Leipzig, denkt an das iranische Wort „hauratar“, zu deutsch „Viehhalter“, da sich die östlichen Slawen früher mit iranischen Stämmen im Kaukasus berührt haben, wäre ein solcher Zusammenhang nicht ausgeschlossen. Es ist indessen zu bemerken, daß die Kroaten ziemlich die am meisten weißlich vorgehobenen Slawen sind. Das Wort würde also dann aus einer Urzeit stammen, als die Slawen noch fern im Osten vereinigt waren.

Die Reichsschulkonferenz 1920. Ihre Vorgeschichte und Vorbereitung und ihre Verhandlungen“ heißt der Titel eines 1100 Seiten starken Bandes, den Jacoben — endlich! — das Reichsministerium des Innern herausgibt. (Verlag von Quelle u. Meyer, Leipzig.) Dieser amtliche Bericht wird in Zukunft ein Nachschlagewerk wichtigster Art sein, aus dem sich jeder an pädagogischen Fragen interessierte an der Hand eines vorzüglichen Registers schnell über die wichtigsten Gesichtspunkte fast aller in Deutschland irgendwie

führenden Schulleute unterrichten kann. Die Reichsschulkonferenz führte Menschen und Meinungen zusammen. Das bedeutet für die Zukunft sehr viel, auch wenn die Kampfproben des Tages — weltliche Schule, städtische Erziehung, Geschichtsunterricht usw. — abschließend ausgefallen wurden und damit der aktuelle Lösungswert der Konferenz fast ganz verloren ging. Es war eine große Herrschau des Geistes, an die nur diejenigen ohne Genehmigung zurückdenken dürfen, die unter falscher Flagge sochten oder die seitdem schon das Lager wofschelten. Dies Buch hat also den Wert eines zeitgeschichtlichen Dokumentes.

Die Entdeckung einer Nebelstraße am Himmel. Die Erkenntnis einer Straße von dunklen Nebeln, die sich außerhalb der Milchstraße über den ganzen Himmel erstreckt, ist das Ergebnis von astronomischen Beobachtungen auf der vatikanischen Sternwarte in Rom, über die J. G. Hogen in den „Naturwissenschaften“ berichtet. Einzelne dunkle Felder am Himmelsgewölbe waren schon früh aufgezeichnet, aber zunächst wenig beachtet worden. Je genauer man die Himmelsräume erforscht, desto häufiger wurde dann auf dunkle Felder am Himmel hingewiesen, aber es fehlte noch die Einsicht, daß diese kosmischen Wolken ein zusammenhängendes Gebilde sind. Erst als die Nachtbeleuchtung der Stadt Rom infolge der Kriegsende verschwand, wurde auf der Sternwarte des Vatikans der Zusammenhang der dunklen Nebel diesseits und jenseits der Milchstraße endgültig festgestellt. Die neuen Erkenntnisse, die sich auf Grund von zehnjährigen Beobachtungen ergeben, lassen sich dahin zusammenfassen, daß der ganze für uns sichtbare Himmel mit nichtleuchtenden Nebelmassen überzogen ist. Innerhalb der Milchstraße sind die Nebelstreifen dünner und liegen weiter auseinander, doch wird ganz klarer Himmel nur in der Nähe von dichten Sternhaufen angetroffen. Die nichtleuchtenden kosmischen Nebel sind um so dichter, je fernärmer die betreffende Himmelsgegend ist. Die kleinen selbstleuchtenden Nebelstraßen, die bereits früher festgestellt wurden, finden sich gerade da am häufigsten, wo die dunklen Wolken am dichtesten sind. Noch viel auffälliger aber ist die Tatsache, daß diese Nebelstraßen sich mit Vorliebe an den Rändern der nichtleuchtenden Wolken aufhalten und das Innere dunkler Flächenräume zu vermeiden scheinen. Aber nicht nur die hellen Nebelstraßen, sondern auch die Sterne zeigen ein besonderes Verhalten den kosmischen Wolken gegenüber. Der Rand einer dichten Nebelwolke ist sehr häufig von Sternen, meistens von solchen der 3. oder 4. Größenklasse, wie von einer Perlschnur eingefaßt. Aus der Entdeckung dieser Nebelstraßen lassen sich nun sehr wichtige Schlussfolgerungen ziehen, vor allem die, daß die dunklen Nebelmassen der Stoff sind, aus dem sich die Sterne gebildet haben. Das Bild, das wir uns nach diesen neuesten Beobachtungen von Weltall zu bilden haben, ist dieses, daß der Zeitraum bis zu einer Grenze mit nichtleuchtenden Massen angefüllt ist und daß das Sternensystem der Milchstraße sich innerhalb dieser Massen gebildet hat, also von dunklen Wolken allseitig umhüllt wird.

Eine neue Tribünezentrale an der Universität. In der philologischen Fakultät der Berliner Universität hat sich jetzt die dritte Tribünezentrale gebildet: Dr. Charlotte Reuber. Der nach ihm die Staatswissenschaften. Ihre Eintrittsvorlesung (am 12. Dezember um 12 Uhr) wird ein sehr zeitgemäßes Thema behandeln: Die Kapitalverhältnisse der deutschen Industrie.

## Der Streik bei der Hochbahn.

Die Direktion lehnt den Schlichtungsausschuss ab.

Der Streik bei der Hoch- und Untergrundbahn beschäftigte am Freitag den Schlichtungsausschuss Groß-Berlin. Die Hochbahn-Gesellschaft ließ sich vertreten durch den Arbeitgeberverband der Straßen- und Kleinbahnen. Jede Erhöhung der am 3. Dezember mit Hilfe des Reichsarbeitsministeriums vereinbarten Lohnsätze lehnte sie ab. Der Deutsche Verkehrsband forderte als Vertreter des Hochbahnpersonals die Erhöhung sämtlicher Lohnsätze und eine höhere Eingruppierung der Fahrkartenerkäuferinnen. Diese Forderung sowie der Vorschlag der Arbeitgeberseite, statt eine Erhöhung der Löhne eine Wirtschaftsbekämpfung zu gewähren, wurde von den Vertretern der Direktion abgelehnt.

Nachdem alle Einigungsmöglichkeiten gescheitert waren, erklärte sich der Schlichtungsausschuss für zuständig und fällte einstimmig einen Schiedsspruch. Dieser steht die in der Vereinbarung vom 3. Dezember festgesetzten Löhne vor. Außerdem wird dem Personal eine Wirtschaftsbekämpfung zugesprochen, die 100 Mark für Jugendliche, 225 Mark für Verheiratete ohne Kind, 250 Mark für solche mit einem Kind und 300 Mark für Arbeitnehmer mit zwei und mehr Kindern beträgt. Bis heute abend sollen die Parteien erklären, ob sie diesen Schiedsspruch annehmen oder ablehnen.

Schon vor der Verkündung des Spruches verließen die Direktionsvertreter das Beratungszimmer. Sie begründeten ihr Verhalten in einem an die Presse versandten Wochenspiegel damit, daß der Schlichtungsausschuss Groß-Berlin unzuständig sei, vielmehr komme nur die im Tarifvertrag vorgesehene Schlichtungsstelle in Betracht; diese sei bereits zur Entscheidung aufgefordert. Im übrigen wurde nachgewiesen, daß der Schlichtungsausschuss ganz abweichend von den gesetzlichen Vorschriften gebildet und besetzt sei. Nachdem sich der Schlichtungsausschuss trotzdem für zuständig erklärt hatte, mußte der Arbeitgeberverband eine Verhandlung zur Sache ablehnen. Der zuständige tarifliche Schlichtungsausschuss tritt bereits am Sonnabend 10 Uhr zusammen.

Die Vertreter der Unternehmer haben durch ihr Verhalten vor dem Schlichtungsausschuss erneut befunden, daß sie nicht gewillt sind, auch die bescheidensten Forderungen anzunehmen und dadurch eine Einigung herbeizuführen. In einem erfreulichen Gegensatz dazu befinden sich die Arbeiter, die durch ihren Sangmut und die immer wieder unternommenen Versuche, zu einer Einigung zu gelangen, bewiesen haben, daß sie nicht den Kampf, aber ihr Recht wollen. Jetzt, nachdem die Unternehmer ihnen erneut den Krieg erklärt haben, werden sie den Kampf aufnehmen und ihn durchführen. Die bereits mitgeteilte Sympathieentwicklung der Straßenbahner beweist, daß die Hochbahnangestellten nicht allein stehen. Aber nicht nur ihre engeren Berufskollegen, die gesamte Berliner Arbeiterschaft wird den Kampf der Hochbahner gegen ein brutales Unternehmertum noch besten Kräften unterstützen.

## Die Zimmererbewegung.

In einer Versammlung der Zimmerer am Freitag abend wurde folgende Entschliessung angenommen: „Alle Verbandskameraden werden hierdurch verpflichtet, überall dort, wo von den Arbeitgebern ein Stundenlohn von mindestens 13,50 M. nicht schriftlich anerkannt wird, von Montag, den 12. Dezember ab die Arbeit einzustellen. Alle in Arbeit bleibenden Kameraden verpflichten sich, die im Kampfe stehenden Kameraden mit allen Mitteln zu unterstützen.“

Während der Tagung wurde unter den Anwesenden die Nachricht verbreitet, daß die Arbeitgeber die Aussperrung mit Wirkung von Montag ab beschlossen hätten. Etwas Bestimmtes war hierüber nicht zu erfahren.

Ein besonderer Staatskommissar für die Groß-Hamburger Frage. Wie mitgeteilt wird, ist Genosse Dr. Südekum zum besonderen Staatskommissar zur Bearbeitung der Groß-Hamburger Frage ernannt worden. Südekum wird in den nächsten Tagen seine Tätigkeit aufnehmen.

Die feudale Ede. Ich bin heute zwischen 6 und 7 Uhr um das Brandenburger Tor herumspaziert, um nachzusehen, ob Ludendorff, Jagow und Wangenheim dort alle Tage um diese Zeit spazieren gehen. Denn nach ihrer Aussage vor dem Reichsgericht haben sie sich ja auch am 13. März beim Einmarsch der Rapp-Blut-Truppen rein zufällig um diese frühe Morgenstunde dort eingefunden. Heute habe ich dort keinen einzigen Politiker getroffen, und es fiel mir zu spät ein, daß die Herren ja jetzt in Leipzig beschäftigt sind. Aber wenn der Rapp-Prozess vor dem Reichsgericht wieder zu Ende ist, kann man die Unschuldsämter sicher wieder jeden Morgen zwischen 6 und 7 Uhr früh am Brandenburger Tor spazieren gehen sehen.

Diese Wägenfahrt erheit Ihnen den Hofgang, wünscht Ihnen einen Eingang (mit Wilhelm) vor und der Kerger über die Republik dient statt einer Karlsbader Kur. Die Republik sollte generell sein, und den um uns so wohlwollenden Herren einige Bequemlichkeiten dort hinsehen, darunter auch ein paar kleine Häuschen.

Salvarsan-Gefahren und deren Bekämpfung. Die Todesfälle durch Salvarsan nehmen sich. Nachdem Professor Arndt-Berlin 8 Salvarsan-Tote in 5 Monaten beschrieb, hat, wird jedoch wieder bekannt, daß Professor Kronmeyer im Ostkrankenhaus Berlin unter 188 mit Salvarsan behandelten Patienten wiederum 2 Salvarsan-Tote, darunter eine schwangere Frau, zu verzeichnen hat. Die Angriffe gegen die Salvarsanbehandlung haben die Medizinabteilung des preussischen Gesundheitsministeriums veranlaßt, die Abteilung des Landesgesundheitsamtes für Seuchenbekämpfung zu einer Sitzung am 14. Dezember zusammenzurufen, wo von den Herren Professoren Jadasohn, Heister, Busche und Levin über die Heilmittelwirkungen und Schädigungen des Salvarsans und über die zur Bekämpfung der schädlichen Wirkungen erforderlichen Maßnahmen Vorträge gehalten werden sollen.

Andererseits ist auffällig, daß die vom Preussischen Landtag fast einstimmig beschlossene parlamentarische Salvarsanprüfungskommission, die der bekannte Salvarsan-gegner Dr. Drews seinerzeit beantragt hatte, immer noch nicht eingesetzt ist. Vielleicht liegt hier und im Landesgesundheitsrat, dem eine objektive Prüfung dieser Frage ebenfalls obliegt, der neue preussische Minister für Volkswohlfahrt einmal nach dem Rechten.

Museumsführungen für Sonntag, den 11. Dezember, 9 1/2 Uhr, durch Direktionsbeamten im Kaiser-Friedrich-Museum (Vorterrassenabteilung), im Neuen Museum (Königliche Abteilung) und im Museum für Völkerkunde (Museum für Ethnologie).

Eine Weihnachtsfeier für Waise. Das Central-Exekutivkomitee hat die Entsendung eines Waisens in die Lage verlegt, 700 Waisenkindern eine Weihnachtsfeier und Weihnachtsgeschenke zu veranstalten. Diese Vorlesung findet am 20. Dezember, nachmittags 5 1/2 Uhr, statt.

Die Waisenkinder unterer Zeit in 1915/16 mit der Deutschen Gewerkschaft München 1922 im Zusammenhang mit der Befreiung von Schulschulden in einer Auswahl der besten seit 1900 entstandenen Waisenkinder. Alle Kräfte, Behörden und entsprechenden Firmen sind zur Unterstützung von 1000 Waisenkindern bis 1. Januar 1922 aufgefordert.

Der Bund entlassener Schulreformer wird in der Zeit vom 18. Januar bis 22. März im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht eine Vortragsreihe (jeweils am Mittwoch) veranstalten. Teilnehmerlisten zu 25 M. (2 M. für den einzelnen Vortrag) im Institut, Potsdamer Str. 120.

## Zur Durchführung der Lohnsteuer.

Die neuen Steuerbücher.

Zum 1. Januar 1922 gelangen die für die Entrichtung der Lohnsteuer bestimmten neuen Steuerbücher (statt der bisherigen Steuerkarten) zur Ausgabe. Die Bücher werden den Arbeitnehmern gegen Ende des Jahres 1921 zugestellt werden. Ueber die Art der Zustellung erfolgt noch besondere Bekanntmachung.

Das Steuerbuch besteht aus einem Umschlag und Einlagebogen. Die vordere Umschlagseite enthält eine Bescheinigung der Gemeindebehörde über die Höhe der Ermäßigungen für Familienangehörige und Werbungskosten, um die sich der zehnprozentige Lohnabzug mindert, und zwar auf das Jahr bezogen, während auf der letzten Umschlagseite die Umrechnung des Ermäßigungsbetrages auf die einzelne Lohnzahlungsperiode abgelesen ist. Für die im Bezirk des Landesfinanzamts Groß-Berlin zur Ausgabe gelangenden Steuerbücher ist auf den beiden Innenseiten zur Aufklärung der beteiligten Kreise eine Zusammenstellung der wichtigsten Bestimmungen über die Besteuerung des Arbeitslohnes gegeben. Somit ist jeder Arbeitnehmer jetzt in der Lage, sofort den vorläufig abzubühenden Steuerbetrag zu erkennen; der Arbeitnehmer kann ohne weiteres sich davon überzeugen, ob der Arbeitgeber ihm nicht zuviel einbehält. Die Ausstellung des Steuerbuches (Ausfüllung des Umschlages) für das Kalenderjahr 1922 erfolgt durch die Gemeindebehörden für sämtliche im Zeitpunkt der Personenstandsaufnahme in ihrem Bezirke wohnhaften oder sich aufhaltenden Arbeitnehmer, gleichgültig ob diese im Zeitpunkt der Personenstandsaufnahme in einem Arbeitsverhältnis standen oder nicht und ob der Steuerabzug durch Verwendung von Steuermarken, durch Vorabführung oder Ueberweisung oder bei Beamten im Wege des vereinfachten Behördenverfahrens bewirkt wird. Wird ein Steuerbuch für einen Arbeitnehmer beantragt, der im Personenverzeichnis noch nicht als Arbeitnehmer oder überhaupt nicht vermerkt war, so ist die Gemeindebehörde auch in diesem Falle zur Ausfüllung eines Steuerbuches verpflichtet. Steht die Ehefrau des Arbeitnehmers, dem ein Steuerbuch ausgestellt ist, in einem Arbeitsverhältnis, so ist ihr ebenfalls ein Steuerbuch auszustellen. Steht ein minderjähriges Kind, das zur Haushaltung eines Arbeitnehmers zählt, selbst in einem Arbeitsverhältnis, so ist ihm ein Steuerbuch auszustellen. Das gleiche gilt auch für volljährige Kinder, die zur Haushaltung eines Arbeitnehmers zählen und in einem Arbeitsverhältnis stehen. Ist jemand nach der letzten Personenstandsaufnahme am 20. Oktober 1921 verstorben, so kann ihm nur dringend geraten werden, unverzüglich die Nachsendung seines Steuerbuches von der früheren Gemeindebehörde zu veranlassen.

Die Steuerbücher sind vom Arbeitnehmer bei der Lohnzahlung vom 1. Januar 1922 ab dem Arbeitgeber vorzulegen. Es ist besonders darauf zu achten, daß die Einlagebogen nicht in Verlust geraten.

## Ausschussberatungen.

Notgesetz für die Krankenversicherung.

Im Reichstagsausschuss für soziale Angelegenheiten wiesen unsere Genossen darauf hin, daß die Krankenkassen mit der jetzt geltenden Beschränkung des Grundlohnes nicht mehr auskommen können: Die baren Leistungen der Kassen werden nämlich nach einem Grundlohn bemessen. Als solchen bestimmt die Satzung entweder den durchschnittlichen Tageslohn der Mitglieder oder den wirklichen Arbeitslohn der einzelnen Versicherten. Bei der Festsetzung des Grundlohnes muß der Entgelt berücksichtigt werden, soweit er 24 M. für den Arbeitstag nicht übersteigt; die Satzung kann ihn darüber hinaus berücksichtigen, soweit er 30 M. für den Arbeitstag nicht übersteigt. Unsere Genossen beantragten, daß die Beiträge 24 und 30 M. erhöht werden. Das Reichsarbeitsministerium antwortete, daß es bereits einen Entwurf für diese Verbesserung ausgearbeitet hat, daß aber der Entwurf vorläufig noch nicht an den Reichstag gelangen kann.

Der Ausschuss legte den Entwurf des Ministeriums den Beratungen zugrunde. Danach sollen jene Beiträge auf 40 und 30 M. erhöht werden. Die Sozialdemokraten schlagen die Beiträge 60 und 100 M. vor. Das lehnten aber die Bürgerlichen ab, worauf der Vorschlag des Ministeriums angenommen wurde.

Dann wurde die Lohngrenze für die Versicherungspflicht geändert. Die Angestellten sind nur dann versicherungspflichtig, wenn nicht ihr regelmäßiges Jahresarbeitsergebnis 15 000 M. an Entgelt übersteigt. Das Ministerium schlägt die Erhöhung auf 30 000 M. vor, die Sozialdemokraten auf 80 000 M., das Zentrum auf 40 000 M. Der Antrag der Sozialdemokraten wurde abgelehnt und dann der Antrag des Zentrums angenommen.

Neu geregelt wurde endlich die Fortsetzung der Versicherung nach dem Ausscheiden des Versicherten aus der Versicherungspflicht. Danach kann das Mitglied bei Beginn oder während der Weiterversicherung entsprechend seinen Einkommensverhältnissen mit Zustimmung des Kassenvorstandes in eine andere Klasse oder Lohnstufe übertreten. Wird die Zustimmung verweigert, so steht dem Mitglied binnen einem Monat die Beschwerde an das Versicherungsamt zu; dieses entscheidet endgültig.

Der Kassenvorstand kann den Weiterversicherten auch ohne seine Zustimmung in eine höhere Klasse oder Lohnstufe versetzen, wenn dessen Beiträge im erheblichen Minderverhältnis zu seinem Gesamteinkommen und zu den ihm im Krankheitsfall zu gewährenden Renteleistungen stehen. Gegen eine solche Anordnung steht dem Mitglied binnen einem Monat die Beschwerde an das Versicherungsamt zu; dieses entscheidet endgültig.

## Der Untersuchungsausschuss über Niederschönenfeld.

Im Untersuchungsausschuss für Strafvollzug stand die Frage, ob eine Beschlagnahme von Niederschönenfeld überhaupt beschlossen werden sei, im Mittelpunkt einer langen Debatte. Es wurde festgestellt, daß man den Reichstag darum ersucht habe, zu beschließen, daß das Reichsjustizministerium sich mit Bayern wegen des Strafvollzugs in Niederschönenfeld in Verbindung setze. Dennoch ritt der bayerische Gesandte von Frey gegen die Absicht, in die Niederschönenfelder Verhältnisse hineinzuschauen, eine so abweisende Rede, daß sogar der Vertreter des Reichsjustizministeriums dagegen das Wort nahm. Er meinte dann, ein Anlaß, auf die Durchführung dieses Beschlusses zu bestehen, liege für den Ausschuss um so weniger vor, als die Verhältnisse in Niederschönenfeld, wie bekannt, zurzeit den Gegenstand von Verhandlungen des Reichsjustizministeriums mit Bayern bildeten, die noch nicht abgeschlossen seien.

Abg. Grotzahn (Soz.) erklärte, daran festhalten zu müssen, daß nach den Bestimmungen der Verfassung ein Aufsichtsrat des Reiches über den Strafvollzug bestünde. Es sei bedauerlich, daß Bayern nicht die Gelegenheit wahrnehme, die Verantwortung der Öffentlichkeit durch einen Besuch des Untersuchungsausschusses beizubehalten zu lassen, wie das durch den Besuch der preussischen Strafanstalt Lichtenburg geschehen sei. Immerhin seien sich die Juristen nicht einig. Sie hätten daher zunächst diejenigen Instanzen zu sprechen, die über diese Zuständigkeit zu urteilen haben.

Abg. Marx (Bayr. Sp.) brachte folgenden Antrag ein: Der Ausschuss wolle beschließen, daß von dem Vollzuge des Ausschussbeschlusses vom 22. November mit Rücksicht auf die strittige Rechtsfrage Abstand genommen werden solle.

Dieser Antrag wurde von dem deutschen parlamentarischen Vertreter und den Vertretern der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten angenommen.

## Der Düsseldorf Waffensand.

Berlin, 9. Dezember. (M.T.B.) Der „Vorwärts“ bringt in seiner heutigen Abendausgabe eine Meldung aus Düsseldorf, nach welcher die dortige Besatzungsbehörde ein größeres Waffensandlager aufgedeckt habe. Es sollen zwei schwere und sechs leichte Maschinengewehre, 147 Gewehre und 30 000 Stück Infanteriemunition gefunden worden sein. Die Meldung trifft, soweit bisher festgestellt werden konnte, im allgemeinen zu. Die Waffen wurden in einer Kaserne gefunden, welche gegenwärtig mit französischen Truppen besetzt ist. Die Gewehre usw. waren unter dem Fuhboden verborgen. Eine Untersuchung ergab, daß die Waffen bei den letzten großen Unruhen dort von der Roten Armee untergebracht worden sind. Die Franzosen haben die Waffen beschlagnahmt.

## Die Zwangsherrschaft am Rhein.

Homburg (Pfalz), 9. Dezember. (M.T.B.) Als die Arbeiter der Ueberlandzentrale Homburg nach einem Streik wieder zur Arbeit antraten, erschien plötzlich ein Zug farbiger Soldaten unter Führung eines Feldwebels im Werk, in dem die Soldaten so als Posten verteilt wurden, daß beinahe auf jeden Arbeiter ein Posten kam. Die Arbeiter, die sich durch Kritiker nicht zur Arbeit zwingen lassen wollten, erklärten, die Arbeit wieder einzustellen, wenn die Soldaten nicht sofort aus dem Werk zurückgezogen würden. Während der Verhandlungen platzte an einem Dampfessel plötzlich ein Dampfrohr, und der ausströmende Dampf füllte sämtliche Räume des Werkes. Als der Schaden behoben war und der Dampf sich verzogen hatte, sahen die Arbeiter, daß mit dem Dampf auch sämtliche Maschinenteile verschwunden waren, die sich erst ganz allmählich wieder im Fabrikhofe einfanden. Beim Appell ergab sich, daß kein Maschinenteil fehlte, aber acht Gewehre verschwunden waren, welche vermutlich die Soldaten bei ihrer kopflosen Flucht weggeworfen haben. Ihre Furcht vor der Fabrik war so groß, daß sie nicht mehr mochten, die Fabrikräume zu betreten; sie bezogen ein in der Nähe der Fabrik stehendes Haus und rückten nach einigen Tagen ab.

## Wirtschaftsspionage.

Die „Essener Allgemeine Zeitung“ schreibt, daß die französische Spionage sich die deutsche Selbstwertung immer mehr zu Nutzen macht. Der Westen Deutschlands wird mit französischen Agenten überflutet, die die Stärke und Bewaffnung der Reichswehr und Polizei sowie der angeblich bestehenden bewaffneten Geheimbünde- und -organisationen nachzuprüfen haben. Allein in den letzten Tagen ist es gelungen, insgesamt 11 Spione festzunehmen; so vier in Münster, drei in Bochum und vier in Essen. Das beschlagnahmte Material belastet Deutsche als Verräterinnen von Nachrichten.

## Die Rußlandhilfe.

Moskau, 9. Dezember. (O.E.) In Baranik (Gouv. Smarok) ist Fjodor Nansen in Begleitung Weiblers und Ferras zum Stadium der Lage der hungernden Wolgadeutschen eingetroffen. Ferras erklärte Pressevertretern, daß das Bild des Hungerleidens in den deutschen Wolgakolonien alles übersteige, was er seinerzeit in Indien während der dortigen von ihm geleiteten Kampagne gegen den Hunger gesehen habe. Nansen ließ kinematographische Aufnahmen der abgemagerten und verstorbenen Kinder machen und ordnete die Eröffnung neuer Kinderpfeilschulen für die Verpflegung weiterer 10 000 Kinder an.

Eine Konferenz sozialistischer Parteien, die jüngst in Berlin getagt hat, appelliert an alle Einsichtsvollen, die Frage der Rußlandhilfe für das hungernde Rußland in den Mittelpunkt ihres öffentlichen Wirkens zu stellen. Die Sowjetregierung habe alle ihre gestellten Bedingungen angenommen, es geschehe aber nichts, Rußland gehe zugrunde und die ganze Welt werde die Folgen spüren.

Nach einer Moskauer qd-Meldung wendet sich das Programm der unter der Leitung Bucharins und Bogdanows stehenden „kommunistisch-kollektivistischen Gruppe“ gegen Lenins wirtschaftliche Kompromisspolitik und fordert die Sammlung aller oppositionellen Elemente für den Augenblick, in welchem eine Spaltung der KPR nicht mehr zu umgehen sein werde. Diese umfasse Arbeiter wie Bauern, wie vor allem auch Intellektuelle und es sei den Intellektuellen mehr und mehr gelungen, die Regierungsgewalt für sich allein in Anspruch zu nehmen. Deshalb mühten die Arbeiter erneut zusammengesetzt werden, um zu einer wirklich proletarischen Revolution zu kommen.

## Die Not der Zeitungen.

Die Vereinigung Großstädtischer Zeitungsverleger schreibt:

An unsere Leser!

Viele Jahre lang war der Bürger gewöhnt, seine Zeitung fast umsonst zu bekommen und für 10 Pf. durch ganz Berlin von einem Ende bis zum anderen mit der Straßenbahn zu fahren. Diese Zeiten sind, darüber darf man sich keinem Zweifel hingeben, endgültig vorbei. Die Preisrevolution hat die Bewertung aller notwendigen und überflüssigen Dinge ergreifen. Löhne und Gehälter, alle Preise für Rohstoffe, Halbfabrikate, von den Fertigfabrikaten gar nicht zu reden, haben sich der Umwertung aller wirtschaftlichen Dinge angepaßt. Weit zurückgeblieben hinter der allgemeinen Preissteigerung sind fast allein in der Welt die Abonnementspreise der Zeitungen. Der Papierpreis einschließlich der Zufuhrkosten beträgt zurzeit mehr als das Doppelte des Vorkriegspreises, die Löhne sind etwa auf das 16fache gestiegen, während der Leser für seine Zeitung noch immer einen Preis zahlt, der nicht im entferntesten einen Ausgleich mit allen übrigen Preissteigerungen bietet. Eine lange Zeit haben es die Verleger als ihre Pflicht betrachtet, selbst unter schweren Opfern mit einer Erhöhung der Bezugspreise zurückzuhalten. Jetzt geht es einfach nicht mehr, soll nicht das Zeitungswesen in schwerste Bedrängnis kommen und die Presse der Gefahr des Unterganges oder der Korruption ausgesetzt werden. Die Groß-Berliner Zeitungsverleger sind daher, ohne Unterschied der Parteirichtung, vor einigen Tagen zu einer Beratung über ihre verzwweifelte Lage zusammengetreten. Die offenherzige Aussprache aller Kollegen ergab, daß es ganz unmöglich für die Verleger ist, die bisher befolgte Preispolitik fortzusetzen, und daß auch bei bescheidenster Beschränkung auf das absolute Notwendige erhebliche Erhöhungen der Bezugsgebühren sich nicht umgehen lassen. Um so zwingender erwies sich die Notwendigkeit, als allgemein festgestellt wurde, daß die Inferiorität der Zeitungen infolge des allgemeinen Ausverkaufs und des zurzeit bestehenden Warenmangels erheblich zurückgegangen sind und daher eine ausreichende Ergänzung der Bezugspreise aus den Anzeigeneinnahmen unmöglich sei.

Wir dürfen der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Leser familiärer Tageszeitungen die Notwendigkeit unseres Schrittes einsehen werden und die erbetene Erhöhung, mag sie dem einzelnen auch noch so schwer fallen, auf sich nehmen werden. Wir Verleger können demgegenüber nur versichern, daß wir alle Zeit bereit sein werden, das Ansehen der deutschen Presse hochzuhalten und die Interessen der Gesamtheit, jeder von seinem politischen Standpunkt aus, unablässig zu fördern.

# Gewerkschaftsbewegung

## Betriebsrätekongress der Metallarbeiter.

Dritter Tag.  
k. Leipzig, 7. Dezember.

In der Nachmittags-Sitzung beginnt die Aussprache Dr. Stein-Wien. Als beim Zusammenbruch der Kriegsfront sich unsere Bourgeoisie feige verlor, haben sich unsere Fabrikanten schüchtern vor die Betriebe gestellt, um die Wirtschaft zu retten. In dieser tragischen Stunde forderten wir — nicht das Mitbestimmungsrecht, sondern — das Bestimmungsrecht. Bestimmen sollte nur der, der arbeitet. Das setzten wir durch. Unser Betriebsrätegesetz trägt das Merkmal der Revolution, das deutsche Betriebsrätegesetz das Merkmal des Bruderkampfes.

Wäret Ihr, deutsche Kollegen, damals einzig gewesen.

Euer Gesetz wäre auch revolutionärer geworden (Stürm. Zustimmung), es trüge nicht das Merkmal eines Hilfsmittels für das Unternehmen. Die Betriebsräte haben in Oesterreich gewaltig zur Festigung der Gewerkschaften beigetragen. Wir sind vollständig organisiert. Andererseits haben die Betriebsräte dank solch starker Gewerkschaften in den Betrieben überaus viel erreicht.

Die hier vorgeschlagene

### Bildungsfeier

ist in Oesterreich schon eingerichtet. Ueber das ganze Land erstrecken sich bei uns die Betriebsräteschulen. Auch wir werden unser Betriebsrätemessen verteidigen, wenn es sein muß, mit dem letzten Blutstropfen. (Großer Beifall.)

### Hilfe (Angestellter): Ueber die Notwendigkeit der Zusammenarbeit der Arbeiter und Angestellten

herrscht hier nur eine Meinung. Aber in der Praxis sieht es noch trübe aus. Man darf nicht vergessen, daß die Angestelltenorganisationen noch sehr jung sind. Daraus ergibt sich manche Unbilligkeit. Seht nicht in dem Werkmeister den Aufpasser! Er ist von oben noch mehr gedrückt, als der Arbeiter. Viele der Betriebsingenieure und kaufmännischen Angestellten sind noch nicht bis zum Sozialismus vorgegangen. Andererseits aber sind vielfach die Kinder unserer handarbeitenden Kollegen nicht bei uns, sondern im Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverband organisiert. Wenn sie zurückkehren, dann klären Sie hierüber Ihre Kollegen und Kinder auf, damit das Verhältnis zwischen Hand- und Kopfarbeiter ein besseres wird.

Sittlinger-Ludwigshafen: Eine große Gefahr für die Betriebsräte besteht darin, daß sie zu Handelsjuden gemacht werden. Denn dadurch werden sie ihrer Aufgabe entzogen und dann wegen der gelieferten Waren von ihren Wählern angegriffen.

Schmidt-Nürnberg: Theoretische Vorträge haben wir genug gehört, aber praktische Richtlinien haben wir nicht bekommen. Prolat (Betriebsrätezentrale): Es wäre besser gewesen, wenn der Vorstand des Metallarbeiterverbandes das Betriebsrätemessen mehr im Einklang mit den anderen Verbänden regelte. Es geht auf die Dauer nicht an, daß getrennte Kongresse veranstaltet werden. Die Berichte über die Zusammenarbeit der Arbeiter und Angestellten sind recht trübe. Der Betriebsrat darf in der Werkstatt nicht der Antreiber seiner Kollegen sein. Er ist Funktionär seiner Gewerkschaftskollegen, nicht des Unternehmers.

Paratenings-Essen polemisiert gegen Ausführungen Dikmanns. Er wünscht, daß die Betriebsräte über die Taktik der Lohnkämpfe mit zu bestimmen haben. Sie sollten größere Rechte haben als die Gewerkschaften. (Widerpruch.) Dann ist wieder in den Entschlüssen noch in den Referaten gefogt, wie

### die 10 Punkte des ADGB durchzuführen

sind. Von hier müssen die Wege und Mittel angegeben werden. An der Aussprache beteiligten sich weiter J. Land-Eisenach, Heine-Jena, Haack-Hamburg, Linke-Berlin (Technische Beamte). Es erfolgt Schluß der Debatte. Als erster der Referenten erhält Graf das Schlusswort: Die Bildungssache wäre sicherlich Aufgabe des Gewerkschaftsbundes, aber solange der Bund zentral nichts tut, müssen wir von unserer Seite damit beginnen. Aber warten Sie nicht, bis der Lehrer bei Ihnen erscheint, sondern beginnen Sie gleich selbst mit Ihrer eigenen Bildung. (Beifall.)

Dikmann geht im Schlusswort auf die Einwände der Diskussionsredner ein. Ein Verband von der Größe des Metallarbeiterverbandes kann in der Bildungssache nicht darauf verzichten, ein Eigenleben zu führen. Wir können in der Ausbildung der Mitglieder nicht genug tun. Es hat sich schon

### eine Liga gegen die Betriebsräte

gebildet. In einem ihrer Rundschreiben heißt es, daß das Betriebsrätegesetz ein Klagengeheiß sei. Die Arbeiter möchten sich Rechte an, die ihnen gar nicht zustehen. Durch die Rätebewegung werden die Arbeiter nicht aufgeklärt, sondern verblümt. Die Arbeitgeber müssen sich aus ihrer Gleichgültigkeit, aus ihrer Verzweiflung herausreißen. Den Betriebsräten muß der Boden entzogen werden. Sie betrachten sich schon als Diktatoren. Daher geht an die Arbeitgeber der Aufruf, sich der Liga anzuschließen zum Schutz gegen die Annäherung der Betriebsräte.

Das sind, führt Dikmann fort, nur einige Berlen aus dem Zirkular. Es sind dies Beweise mehr für die Pläne des Unternehmers gegen die Arbeiterklasse. Wir haben zu trachten, daß diesen Herrschaften das Handwerk gelegt wird. Die Stunde muß kommen, wo wir logen,

### wir sind der Drohnen kast,

für euch ist kein Platz mehr in der menschlichen Gesellschaft. (Stürmischer Beifall.)

Es folgt die Abstimmung. Einstimmig wird die folgende Entschlußfassung angenommen:

Der Kongress fordert eine Erweiterung der Rechte der Betriebsräte durch:

1. Gewährung des Rechtes auf Einsicht in sämtliche Rechnungsunterlagen, Korrespondenzen, Ein- und Verkaufsverträge und sonstige Dokumente des Unternehmens,
2. Aufhebung des Geschäftsgeheimnisses gegenüber dem Betriebsrat.
3. Gewährung des Kontrollrechtes über die Kalkulation unter Bereitstellung aller hierfür nötigen Unterlagen und Auskünfte,
4. Gewährung des Rechtes der Zuziehung und Befragung von Beamten und deren Pflicht zur Auslage,
5. Des Kontrollrechtes über die in- und ausländischen Devisenguthaben,
6. des Kontrollrechtes über die Steuererklärungen und Leistungen der Unternehmungen,

7. des Einspruchsrechtes gegen die unzureichende Betriebsleitung, 8. des Rechtes zur Feststellung und Erfahrungsaustausches der Produktionsmethoden im Industriezweig zwecks allmählicher allgemeiner Einführung der rationellsten und modernsten Einrichtungen.

Als Voraussetzung zur praktischen Auswirkung dieser einräumenden Rechte fordert der Kongress die Umwandlung des im § 66 BVB. vorgesehenen Beratungsrechtes in ein Mitbestimmungsrecht.

Der Artikel 165 der Reichsverfassung sichert den Arbeitnehmern zu, gleichberechtigt an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken. Diesem verfassungsmäßigen Recht ist im BVB. nicht entsprochen. Wohl aber legt der § 68 des BVB. dem Betriebsrat die Pflicht auf, „dabin zu wirken, daß von beiden Seiten Forderungen und Maßnahmen unterlassen werden, die das Gemeininteresse schädigen“.

Pflichten kann indes nur nachgekommen werden, wenn durch Einräumen von Rechten die Möglichkeit dazu geboten wird. Nur dann auch kann die Verantwortung für erstere getragen werden.

Die Betriebsräte sind erfüllt von dem ersten Willen, durch ihre Tätigkeit dem Wohl der schaffenden Gemeinschaft zu dienen und darum jedem das Gemeinwohl schädigenden egoistischen und profit-süchtigen Einzelwillen entgegenzuwirken.

Durch feste und planmäßige Erziehungsarbeit sollen die Betriebsräte auf ihre wichtigsten Aufgaben vorbereitet werden: Organe der sozialistischen Wirtschaft, Förderer des Gemeininteresses festen Solidaritäts- und Verantwortungsgefühls zu werden.

Zur Erfüllung ihrer umfassenden Aufgaben fordern die Betriebsräte den beschleunigten Ausbau des Räteystems, der zur Wahrung des notwendigen Zusammenhanges zwischen Einzelunternehmer und Industriezweig resp. Gesamtwirtschaft auf der Grundlage der Betriebsräte erfolgen muß.

Der Kongress ist sich bewußt, daß die Erfüllung dieser Forderungen nicht lediglich durch den parlamentarischen Kampf oder den der Betriebsräte allein, sondern nur im engsten Zusammenwirken mit den gewerkschaftlichen Organisationen und im harten, opferbereiten, planmäßigen Kampf der gesamten Hand- und Kopfarbeiter durchgesetzt werden kann.

Der Vertreter der Tischschlosserei, Bismar, dankt namens der ausländischen Gäste dem Kongress für die gebotenen Erfahrungen und Gastfreundschaft.

Der Vorsitzende Reichel schließt sodann mit Dank an die Leipziger Gastgeber und einem nachdrücklichen Mahnruf zu weiterer Arbeit den Betriebsrätekongress um 7 Uhr.

## Reichskonferenz der Gemeinde-Straßenbahner.

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter hielt am 3. Dezember im Berliner Gewerkschaftshaus eine Konferenz des gemeindlichen Straßenbahnpersonals ab, soweit es in seinen Reihen organisiert ist. Es waren 24 Delegierte aus allen Teilen des Reiches vertreten. Den Bericht über die Manteltarifvertragsverhandlungen gab Kollege P. Schulz vom Verbandsvorstand. Er wies zunächst auf die irreführenden Berichte über den Tarifvertrag für die Straßenbahner in der Presse hin, wonach die Verhandlungen zu einer Einigung geführt hätten. Redner schildert eingehend den Verlauf der Verhandlungen und das Ergebnis, das den Delegierten zur Beschlussfassung unterbreitet wurde. Bereits vor den Verhandlungen fand eine Auseinandersetzung mit dem Deutschen Transportarbeiterverband statt über die Zuständigkeit unserer Organisation in dieser Frage. Da aber in unserem Reichsmanteltarif die besonderen Verhältnisse des Straßenbahnpersonals insofern eingegriffen sind und wir weit über 15 000 Verbandsglieder unter den Straßenbahnern haben, ergibt sich daraus auch unsere Zuständigkeit zur Mitberatung an dem Manteltarifvertrag. Unsere Verhandlung im Februar 1921 scheiterte daran, daß unsere Forderung keine Zurückkehr gegenüber den städtischen Arbeitern\* vom Arbeitgeberverband nicht anerkannt wurde. Jetzt sind wir annähernd in der gleichen Situation. Der Referent erörterte dann die einzelnen Anträge und Vorschläge und empfahl eine Entschlüsselung, die nach eingehender Diskussion einstimmig angenommen wurde.

In der Entschlüsselung wird Protest erhoben gegen die vom Reichsarbeiterverband Deutscher Gemeinde- und Kommunalverbände beabsichtigten Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse, wie sie das am 14. und 15. November gezeigte Verhandlungsergebnis klar erkennen lasse. Die Arbeitszeit soll durch Befreiung der fast überall bestehenden besseren Verhältnisse wesentlich heraufgehoben werden. Die im Reichsmanteltarifvertrag für die Gemeindearbeiter gewährte bessere Bezahlung der Sonntagsarbeit und der in die Woche fallenden Feiertage soll nicht gewährt werden. Im § 3 Abs. 8 liegt die Gefahr vor, daß die Straßenbahner stets zu einer teilweisen Beschäftigung an ihren dienstfreien Tagen herangezogen werden können, ohne daß hierfür ein anderer dienstfreier Tag gewährt werden braucht.

Man mußt also der vertragsschließenden Partei — dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter — zu, den von den Arbeitgebern propagierten Tarifbruch zu sanktionieren.

Die Konferenz beschließt deshalb einstimmig, das Verhandlungsergebnis als völlig unzureichend abzulehnen. Sie verlangt, abgesehen von den durch den Betrieb bedingten Änderungen, daß die bestehenden zentralen bzw. örtlichen tariflichen Regelungen für die Gemeindearbeiter vollständig für das Straßenbahnpersonal zur Anwendung kommen.

Zur Erreichung dieses Zieles sei die einheitliche Organisation aller im Gemeinwesen stehenden Arbeiter im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter als dringendste Notwendigkeit anzustreben und mit allen Mitteln durchzusetzen.

Ueber Organisationsfragen referierte Kollege Becker vom Verbandsvorstand. Durch den Nürnberg-Gewerkschaftskongress ist unsere Organisationsform anerkannt worden. Wenn auch die Grundzüge der Verbandsvorstände über die Berufsorganisation bestehen bleiben, so liegt es doch im Zuge der Zeit, daß sich die Entwicklung zu Industrieverbänden mehr und mehr vollzieht. Diese Entwicklung entspricht aber in vieler Beziehung unserer bereits seit 25 Jahren bestehenden Organisationsform. Nun sind durch den Abschluß des Reichsmanteltarifs und der örtlichen Tarifabschlüsse hier und da Differenzen entstanden, die zu unangenehmen Grenzstreitigkeiten geführt haben. Inzwischen ist jedoch mit dem Verband der Maschinen- und Heizer eine Vereinbarung getroffen worden, die ein erträgliches Zusammenarbeiten gewährleistet. Die Frage der Organisation der Straßenbahner muß vom Standpunkte der Zweckmäßigkeit angesehen werden und es erscheint überaus schwierig, die Straßenbahner aus dem Reichsmanteltarif herauszunehmen und sie besonders zu behandeln. Eine planmäßige Aufklärungsarbeit müßte dafür sorgen, daß alle unsere Mitglieder hinter unserer Tarifpolitik stehen.

In fast vierstündiger Diskussion wurde von allen Seiten hervorgehoben, daß es notwendig ist, die Einheitsorganisation der Gemeinde-

und Staatsarbeiter aufrechtzuerhalten, doch müsse versucht werden, die Grenzstreitigkeiten durch gegenseitige Verständigung auszugleichen.

Die Diskussion über den Tarifvertrag ergab entsprechend der obigen Resolution einen allgemein ablehnenden Standpunkt. Alle Vertreter waren der Ansicht, daß es genügen müsse, einen Anhang zum Reichsmanteltarif zu schaffen, der die besonderen Verhältnisse der Straßenbahner berücksichtigt. In keinem Fall dürfe einer schlechteren Regelung zugestimmt werden, als sie unser Reichsmanteltarif hat. Die Konferenz wurde gegen 5 Uhr abends geschlossen.

## Verstärkter Kampf im Hochbaugewerbe.

### Drohender Streik und Aussperrung.

Die Delegierten-Generalsammlung des Deutschen Bauarbeiterverbandes nahm gestern abend erneut Stellung zur Lohnbewegung. Thöns verwies auf die Beschlüsse der letzten Generalsammlung, wonach während der Preisperiode zunächst nur Einzelbewegungen zur Durchführung der Lohnforderungen unternommen, bei Eintritt günstiger Bitterung jedoch weitere Maßnahmen ergriffen werden sollten. Aus tatsächlichen Gründen sei bisher vermieden worden, die Öffentlichkeit über den Verlauf der Bewegung zu unterrichten. Inzwischen wurden Versicherungen der Unternehmer laut, durch die eine Aussperrung angedeutet wurde. Am 7. Dezember ist den beteiligten Arbeiterorganisationen ein Schreiben des Verbandes der Bauverträge zugegangen, worin die Erklärung gefordert wird, daß die Leitstreiks bis Freitag abend beendet werden, da sonst die Unternehmer in ihrer — gestern ebenfalls abgehaltenen — Generalsammlung zu Abwehrmaßnahmen greifen würden.

Bei 162 Firmen mit 215 Betrieben waren bis Donnerstag bereits 3115 Kollegen am Streik beteiligt, deren Zahl sich mittlerweile noch vermehrt hat. 42 Firmen mit rund 1500 Beschäftigten haben bewilligt, darunter die Stadt-Baugesellschaft Neufölln und die Bauhütte, wovon 36 Firmen die Forderungen unter schriftlich anerkannt und 13,50 M. Stundenlohn zahlen.

Der wöchentliche Bitterungsumschlag am Mittwoch veranlaßte die vier in Frage kommenden Organisationsleitungen zu beraten. Sie lehten es ab, auf das Anknüpfen des Verbandes der Bauverträge einzugehen, die Leitstreiks aufzuheben. Vielmehr müsse der Kampf jetzt in verstärktem Maße aufgenommen werden. Beschlossen wurde, heute in allen Betrieben die Forderung auf 13,50 M. Mindestlohn zu stellen und im Falle der Ablehnung am Montag in den Streik einzutreten. Überall da, wo die Forderungen bewilligt werden, wird die Arbeit fortgesetzt. Nur soll nicht auf Bewilligungen durch Zwischenunternehmer eingegangen, sondern diese von den organisierten Unternehmern gefordert werden. Möglicherweise werde der Streik am Montag von den Unternehmern mit der Aussperrung beantwortet. Der Referent verwies auf den Charakter des Bauvertrages als Solongewerbe. Die Forderungen seien durchaus berechtigt, wie die Lohnvereinbarungen in Sachsen z. B. bewiesen, wo ab 16. Dezember 13 M. gezahlt werden. Dort betrage die Spanne zwischen den Löhnen der gelerntten und der ungelerten Bauverarbeiter nur 45 Pf. in Berlin 65 Pf.

Von Montag ab erfolgt die Kontrollmessung in den einzelnen Bezirken, die heute noch in der Arbeiterpresse bekanntgegeben werden. Nach kurzer Auszucht, während der nochmals darauf hingewiesen wurde, daß unter dem Mindestlohn von 13,50 M. nicht gearbeitet werden darf, schloß die musterartig verlaufene Versammlung.

Das Tiefbaugewerbe wird durch die Bewegung nicht berührt.

### Ein Baugewerksbund.

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat vor Jahresfrist eine Kommission eingeleitet zur Prüfung der Frage, inwieweit die bestehenden gewerkschaftlichen Berufsverbände zu großen, leistungsfähigen Industrieorganisationen verbunden werden können. In zwei Sitzungen hat diese Kommission grundsätzliche Organisationsfragen besprochen und sich über einige allgemeine Gesichtspunkte geeinigt. Neuerdings besaßte sich die Kommission mit der Schaffung einer Einheitsorganisation für das Baugewerbe in einer Sitzung, zu der Vertreter aller baugewerblichen Verbände geladen waren, die für einen etwaigen Zusammenschluß in erster Linie in Frage kommen. Mit 12 gegen die zwei Stimmen der Fabrikarbeiter und der Zimmerer wurde beschlossen: „Die Kommission ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Schaffung eines Baugewerksbundes möglich und zweckmäßig ist. Sie empfiehlt den Verbänden des Baugewerbes, den Baugewerkschaftsbund so bald als möglich zu gründen.“

### Reichstagung der Meiereiangestellten.

Am Montag findet in Berlin eine Reichstagung der Meiereiangestellten statt, die vom Verband land- und forstwirtschaftlicher Angestellter, Sektion Volkseinkaufsleute, einberufen ist und von Delegierten aus ganz Deutschland besetzt wird. Die Arbeitnehmer dieses Gewerbes, dessen Bedeutung heute, in Anbetracht der Milchknappheit, aus dem Herkunftslande klar sein muß, befinden sich durch den von den Arbeitgebern ausgeübten Terror in einer ganz außerordentlichen Notlage.

Die Tagung, zu der auch die zuständigen Ministerien geladen sind, soll dazu beitragen, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und der Verbände auf die vorhandenen unglücklichen Zustände zu lenken, damit zeitigen Abhilfe geschaffen wird, ehe es hier zu schweren Erschütterungen kommt, unter denen die gesamte Volksernährung zu leiden haben würde.

Wir werden über die Tagung berichten.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband. Der Schiedsspruch vom 30. November mit Wirkung ab 28. November d. J. ist von beiden Tarifkontrahenten angenommen worden.

- ADGB-Betriebsratsarbeiten. Heute 7 Uhr Sitzung des Kassationsverbandes der ADGB.
- Verband der Maler, Kallisten. Die Kassationsversammlung der Kallisten findet bereits Sonntag 9 1/2 Uhr bei Teufelsdrücker, Reichstraße 15, statt.
- Verband der Gärtner und Gärtnerinnen. Gruppe Bauhofgärtnerinnen. Montag 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Angerstraße 24-25, Saal 5, Gruppenversammlung: „Unsere Forderungen für das Frühjahr“.
- Deutscher Transportarbeiter-Verband. Betriebsräte und Delegierte. Montag 7 Uhr Dr. Franz Reichelshaus, Berlin, im Friedrichshagen 16-17, allgemeine Funktionsversammlung: „Stellungnahme zu wichtigen Organisationsfragen“. Mitteilungs- und Delegationsarbeiten sind vorzubereiten.
- Deutscher Werkmeister-Verband. Bezirksverein 20. Fachgruppe Metall-schrauben-Industrie. Montag 7 Uhr Generalsammlung in der „Schlösschen-Deimel“, Neue Friedrichstraße 1.
- Eisenbahner-Betriebsräte. Dienstag 8 Uhr im Lehrerseminarhaus. Sitzung sämtlicher Betriebsräte des Eisenbahnbetriebsbezirks Berlin. Betriebsratsausweis legitimiert. Bezirksbetriebsrat.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glöck, Berlin. Verlag Gewerkschafts-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Hermann-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin. Einband: J. Gierus 2 Peltzhaus



# Ein Versprechen, eine Aufforderung

Wir werden nach wie vor dem Versprechen, das in unserer Schutzmarke zum Ausdruck kommt, redlich nachkommen. Folgen Sie Ihrerseits der gleichfalls darin enthaltenen Aufforderung:  
**Urteilen Sie selbst!**

## Die Kohlenfrage.

Der Landtag setzte am Freitag die zweite Beratung des Haushalts der Bergverwaltung fort.

Abg. Hue (Soz.):

Wir müssen angesichts der traurigen Verhältnisse zufrieden sein, wenn in der Bergverwaltung eine lebhaftere Aktivität Platz greift. Die Verwaltung muß beweglicher gemacht werden durch ein Zusammenwirken von Persönlichkeiten, die weder in kapitalistischen noch in bürokratischen Bahnen wandeln. In den Aufsichtsrat Hibernia müssen nicht nur, wie der Ausschuß beantragte, Landtagsmitglieder, sondern auch Betriebsratsmitglieder hineinkommen. Der Minister muß den Landtag fortlaufend über die wirtschaftlichen Ergebnisse unterrichten. Wir sind doch für die Betriebsverwaltung verantwortlich. Die Erzeße deutschnationaler Monarchisten im Bad Degenhausen sind ein Skandal. Wenn das nicht anders wird, so wird die Arbeiterschaft selbst Ordnung schaffen. (Große Lärme und Lärm b. d. Dnat.) Der unsägliche Badeinspektor muß verschwinden, denn Degenhausen soll ein Kurort sein und nicht ein Tummelplatz deutschnationaler Demonstranten.

Der Verlust Oberschlesiens ist eine Folge der alten preussischen Politik

und auch im Saarrevier lebt die französische Propaganda von den großen Fehlern der alten preussischen Verwaltung. Die größten Leuteschänder befinden sich unter den früheren preussischen Beamten, die jetzt in französische Dienste getreten sind. In Oberschlesien liebäugeln die Träger der alten kapitalistischen Diktatorien mit den Polen. (Schwurgesänge.) Eine deutschnationalistische Zeitung forderte direkt dazu auf, das Kapital im Zustand anzulegen, da es sich im Inlande nicht verzinsen. Eine zynischere Verneinung des Staatsgedankens ist nicht denkbar. Dergleichen wäre unter der Arbeiterschaft nicht möglich und ewig richtig bleibt das Wort Karl Brögers, daß Deutschlands ärmster Sohn auch sein getreuester war. Wie war es möglich, daß in Duisburg der Oberpräsident eine Aktion unterstützt hat, die darauf abzielte, wichtige Verkehrsanlagen in Privatbesitz überzuführen? Die Steigerung des Kohlenpreises auf 200 M. pro Tonne wurde mit den höheren Arbeiterlöhnen begründet. Ich stelle ausdrücklich fest, daß ab 1. Oktober lediglich eine Mehrausgabe von 60 M. pro Tonne für Arbeiterlöhne eingetreten ist. Der Staat muß dafür sorgen, daß nicht in kapitalistischem Interesse, wie es jetzt vielfach geschieht, Betriebe eingeschränkt und Arbeiter entlassen werden. Gewiß ist die Lieferung von Qualitätskohle an die Entente recht drückend, von einer allgemeinen Kohlennot kann man aber nicht sprechen. In der Braunkohlenindustrie gab es bis zum Herbst Ueberproduktion, dann hat am 1. Oktober auf Drängen der Unternehmer die freie Wirtschaft eingeleitet; sie wurde gegen den Widerpruch der Arbeiter mit dem bestehenden Ueberfluß begründet. 6 Wochen danach gab es Braunkohlen und Koks plötzlich nicht mehr. Was ist das für ein Zustand, wenn ein westfälisches Elektrizitätswerk, das dicht neben ergiebigen Kohlenfeldern liegt, aus Kohlenmangel seinen Betrieb einschränkt und ein anderes in der Nähe Ueberfluß hat? Wenn wir Mangel haben sollen, können wir doch nicht noch ausführen! In England sieht man schon, wie durch die deutsche Reparationslast die Arbeitslosigkeit vermehrt wird. In Hessen hat der Fiskus von den Deutschen Kalkwärfen für 7 1/2 Millionen Mark ein großes Braunkohlenfeld erworben, und ist dabei sicherlich angeführt worden. Jetzt hegen die Unternehmer wieder gegen die Arbeiter wegen angeblicher Faulheit. Aber das Rezept eines preussischen Handelsministers aus der Gründerzeit von 1873 — Verlängerung der Schichten und Kürzung der Löhne — darf nicht wieder angewendet werden. Die Arbeiter erkennen immer deutlicher die Verneinung des Staatsgedankens durch die Industrie. Wir sind bereit, zu leisten, was im Staatsinteresse notwendig ist, aber wir sind nicht bereit, die Privatunternehmer noch stärker und zynischer zu machen. Aus dem ganzen Elend kommen wir nicht eher heraus, ehe wir nicht Schluß machen mit der privatkapitalistischen Wirtschaft. Darum treten wir ein für die Forderung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes auf

### Sozialisierung des Kohlenbergbaus.

Nur so wird ein gemeinwirtschaftliches Arbeiten im Interesse des Staates ermöglicht! (Lebhafte Beifall b. d. Soz.)

Abg. Steger (Z.) verlangt, daß der Minister der Reform des Bergbaus in technischer und kaufmännischer Hinsicht seine Aufmerksamkeit zwendet. Nicht die Leistungen der Arbeiter sind zurückgegangen, sondern die produktiv-arbeitenden Arbeitsträger. Mehr Hauer sind notwendig. Für die Sicherheit der Gruben muß alles getan werden, was in unseren Kräften steht. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. v. Waldhausen (Dnat.): Es fehlt heute nicht nur Qualitätskohle, der Kohlenmangel ist allgemein. Freilich ist zu prüfen, wie weit die Fehler in der Bagengestaltung die Kohlenmiserie verschärft. Mir ist nicht bekannt, daß in Arbeitgeberkreisen über ein Sinken der Arbeitseinstufung geklagt wird.

Abg. Seidel (D. Sp.): Nach den französischen Angaben hat Frankreich einen Kohlenüberfluß, aber keine Verwendung dafür. Das Spa-Abkommen sollte aber lediglich einen Ersatz bringen für den Ausfall aus der Zerstörung französischer Hütten und Zechen.

Nach weiteren Reden wird zwischendurch der Haushalt der landwirtschaftlichen Verwaltung angenommen. Es werden hinzugefügt 1 700 000 M. für Restaurierungen, Umlegungen und Wasserleitungen, sowie eine Anzahl Resolutionen.

In der Weiterberatung des Budgets spricht auch

### Handelsminister Siering:

Die Wirtschaftsverhandlungen über Oberschlesien sollten von hier aus nicht geführt werden. Es wird geprüft, wie die Verwaltung der Hafenanlagen in Duisburg-Kurort beweglicher gestaltet werden kann. Die Staatsregierung beschließt, die Angelegenheit mit einer Reihe von Sachverständigen, u. a. auch dem Abg. Hue durchzubearbeiten. Ich werde

nicht dulden, daß dem Staate Bestehendes entzogen werden.

Es herrscht eine große Kohlennot. So hat der Kohlenkommissar den notwendigen Eisenbahndirektionen, z. B. Frankfurt, für eine gewisse Zeit gestatten müssen, Kohlentransporte zu beschlagnahmen. Nach dem karlossfeldarmen Ruhrrevier werden z. B. aus Medienburg Kartoffelzüge abgehen. Der Reichsverkehrsminister hat versprochen, zur Behebung der Schwierigkeiten das Menschlichste zu tun. Gegen den Abbau der Kohlenstellen hege ich ernste Bedenken. Die Entsendung von Mitgliedern des Betriebsrats in den Aufsichtsrat der Hibernia halte ich für erwünscht. Die Vorgänge in Degenhausen sind höchst beklagenswert. Aber man kann nicht die Benutzung der Bäder von amtlichen Ausweisen abhängig machen, wie es ein Antrag Otter verlangt. Das einzige staatliche Eisenwerk, das der Abg. Seidel entstaatlichen will, bringt jetzt erhebliche Ueberflüsse

Abg. Hufemann (Soz.):

Die Debatte über die Kohlenförderung ist der Wehrförderung kaum dienlich gewesen. Es steht fest, daß die geforderten Kohlen wegen

### Wagenmangel

zum großen Teil nicht abtransportiert werden können und daß Eisenbahnen eingelegt werden müssen. Die Kommunisten sollten

sich nicht über die Ueberflüsse aufregen, denn tatsächlich werden die meisten Ueberstunden dort gemacht, wo die Kommunisten im Betriebsrat das Szepter führen. Ueber den Duisburger Fall haben wir noch keine völlige Klärung erhalten. Schon jetzt besteht die Möglichkeit, Betriebsratsmitglieder zur Berechnung der Selbstkosten heranzuziehen, in der Praxis aber werden immer Schwierigkeiten gemacht. Der Minister sollte strenge Anweisungen ergehen lassen, die Betriebsräte nicht auszuwechseln und ein inniges Zusammenarbeiten zwischen Verwaltung und Betriebsrat herbeizuführen. Bei der Stellenbemessung von Schiedsprüchern sollten die Vertreter der Staatswerke nicht für den Privatkapitalismus eintreten, wie es mehrfach geschehen ist, sondern für Ausführung der Schiedsprüche und gerechten Ausgleich sorgen. Ein

### einheitliches Bergrecht für ganz Deutschland

liegt im Interesse der Arbeiter und Angestellten. Dadurch würde sich auch eine besondere Reform des Knappheitsgesetzes in Preußen teilweise erledigen. Schikane und Konflikte, die infolge der Verstandlosigkeiten mancher Verwaltungsbeamten noch stattfinden, müssen aus dem staatlichen Bergbau verschwinden. Die Verwaltung muß sich die besten Kräfte als Beamte sichern und, wie unsere Anträge verlangen, auch entsprechend bezahlen. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Harß (Z.) fordert, daß sich bei dem Siedlungsbau nicht die Siedlungsgesellschaften die Taschen füllen. Das Verhältniswahlsystem im Knappheitswesen billigen wir.

Ein Regierungsvortrager: Eine neue preussische Berggesetzgebung ist erst zweckmäßig, wenn das Reichsberggesetz vorliegt. Die Erfahrungen mit dem Verhältniswahlsystem im Knappheitswesen sind nicht überall günstig ausgefallen.

Abg. Martin (Dnat.) bestreitet, daß in Degenhausen von deutschnationalen Ausbreitungen beangene worden sind. Die Stilllegung der Zeche Bergmann bei Witten ist lediglich auf die ungünstigen Abbaueverhältnisse zurückzuführen.

Sonnabend 11 Uhr: Fortsetzung der zweiten Lesung des Bergbauetats. Kleine Vorlagen, Kultusetat. Schluß gegen 10 Uhr.

### Der Landtag vor stürmischen Tagen.

Der Preussische Landtag hat mit großer Kraftanstrengung die durch die häufigen Regierungstreifen stark verzögerte Etatberatung soweit gefördert, daß jetzt mit Sicherheit gesagt werden kann, daß sie vor Weihnachten zum Abschluß kommt. Am Sonnabend werden die Finanzetats, am Dienstag und Mittwoch der Kultusetat, am Donnerstag der Rest der Etats in zweiter Lesung und am Freitag die dritte Etatberatung vorgenommen werden. Daneben sind noch einige kleinere Gesetze zu verabschieden.

Stürmisch dürfte die Beratung voraussichtlich am Dienstag und am Donnerstag werden, wenn die schwebende Geschäftsordnungsfrage zur Verhandlung kommt. Am Dienstag wird ein gemeinsamer Antrag der Regierungsparteien zur Beratung stehen, der in Ausführung der neuen Geschäftsordnung festsetzt, daß vom Präsidenten ausgeschlossene Abgeordnete ihre Aufwandsentschädigung für die Tage des Ausschusses verlieren. Am Donnerstag dürften die Anträge des Geschäftsordnungsausschusses auf Freigabe der Strafverfolgung gegen den kommunistischen Abgeordneten Ziegler und Freigabe von Strafverfolgung und Verhaftung des kommunistischen Abgeordneten Eberlein zur Beratung stehen. Gegen die Inhaftnahme Eberleins hatte im Ausschuß auch der Zentrumsabgeordnete Dinstlage gesprochen, aber seine Partei hatte dann geschlossen dafür gestimmt. Wie das Plenum in dieser Frage entscheiden wird, ist noch ungewiß.

Die Strafverfolgung des Abgeordneten Eberlein genehmigt. Der Geschäftsordnungsausschuß des Preussischen Landtages erteilte in der Sitzung am Freitagvormittag die Genehmigung zur Strafverfolgung und Inhaftnahme des Abg. Eberlein wegen Verbrechens. Der Ausschuß sprach sich mit zehn gegen neun Stimmen für die sofortige Inhaftnahme aus.

# Kappistische Zeugen.

E. K., Leipzig, 9. Dezember.

Nach Ludendorff werden noch zwölf Zeugen vernommen. Ihre Aussagen sind von ungleicher Interesse. Mehrere Marineoffiziere bemühen sich, eine Kommandantenbesprechung, die am 20. Januar stattfand, als harmlos hinzustellen. Merkwürdigerweise fand der Admiral v. Loebeow ein Haat darin, noch merkwürdiger ist, daß Herr v. Loebeow einer der ersten war, die zu Kapp übergingen. Wehnlich schwankende Offiziersgestalten hat es ja in Hülle und Fülle beim Kapp-Putsch gegeben, z. B. Loebeows Kollegen, den Admiral v. Trotha. Doch auch dieser verblüht neben der Gestalt seines Veters, des Gardelaallier-Offiziers v. Trotha, der Ehrhardts Adjutant war und der letzte Zeuge des heutigen Tages ist. Dieser jüngere Trotha macht als „reiner Tor“ selbst Parität Konkurrenz. Er hat den Zug Ehrhardts von Anfang bis Ende mitgemacht, aber erst nach Schluß des Ganzen erfahren, wozu er sich eigentlich handelte. Von dem geplanten Sturz der Regierung hat er nie etwas gehört, ebensowenig von der Durchführung dieses Stoßes im März! Selbst als er im Reichswehrministerium Offiziere festsetzte, hat er immer nur gedankenlos Befehlen gehorcht. Dieser Unschuldengel wird vom Oberreichsanwalt böse ins Gedränge gebracht; denn es stellt sich heraus, daß dieser letzte Befehl von dem Oberst Bauer ausging, der längst verabschiedet war. „Aber Bauer“, so sagt Trotha, „hatte Vollmacht durch Lüttw. w. h.“ Der Oberreichsanwalt fragt nun: „Zwei Tage vorher war doch die Brigade dem Befehlsbereich Lüttw. entzogen und dem Admiral v. Trotha unterstellt worden.“ Der Adjutant Ehrhardts weiß von allem nichts. Der Anklagevortrager erinnert daran, daß drei Unteroffiziere der Brigade sich geäußert haben, den Zug auf Berlin nicht mitzumachen. Der Zeuge meint: „Sie werden wohl nicht Bescheid gewußt haben.“ „Nein, gerade weil sie Bescheid wußten“, versteht der Oberreichsanwalt unter großer Heiterkeit. Das Gericht erspart auch Herrn v. Trotha, weil er der Mittäterschaft verdächtig ist, die peinliche Pflicht, diese Aussage zu beideln.

Bereidigt dagegen wird ein weiterer, nicht minder kurioser Zeuge, Herr v. Demikh, der Geschäftsführer des Pommerischen Landbundes. Er ist es, der den Warnungsbrief an Ludendorff Anfang März geschrieben hat und sich dazu äußern soll. Stammelnd und stotternd sucht der Zeuge den klaren Sinn des Briefes umzuwenden. Aber der Oberreichsanwalt, der heute scharf auf dem Posten ist, hakt fest bei den Widersprüchen ein. Da steht z. B. der More Satz im Brief: „Kapp hat sich über den Zeitpunkt des Vorschlags im März unvorsichtlich geäußert.“ Demikh sagt jetzt: „Das Vorschlag sollte die Antwort auf den erwarteten kommunistischen Putsch sein.“ Der Oberreichsanwalt: „Wie kann man denn den Termin zum Vorschlag bestimmen, wo doch der Putsch noch gar nicht vorlag?“ Der Zeuge bleibt dabei, daß das Vorschlagen der Kommunisten abgewartet werden sollte. Der Oberreichsanwalt: „Aber man hat es doch tatsächlich nicht abgewartet!“ Der Zeuge mit verzweifelter Handbewegung: „Ja davon weiß ich nichts.“ Es kommt die Rede auf die im Demikh'schen Briefe erwähnte Verschwörung im Hause Viktoriastraße 20. Der Oberreichsanwalt: „Wer war außer Ihnen dabei?“ Zeuge: „Ich kannte die Herren nicht.“ Oberreichsanwalt: „Wer wohnte denn Viktoriastr. 20?“ Zeuge: „Ich weiß nicht. Ich glaube niemand.“ Es wird festgestellt, daß Viktoriastr. 20 das Bureau des Generallandwirtschaftsdirektors Kapp sich befand. Der Oberreichsanwalt hat nun diesem Zeugen genug. Aber der Verteidiger Wagners gibt dem Zeugen noch Gelegenheit, eine große Standrede gegen den Minister Otto Braun und gegen den Landarbeitervorband zu halten. Das ist überhaupt bei allen kapitalistischen Zeugen das Gleiche. Die wichtigsten Dinge, welche die Vernehmung betreffen, haben sie heute per se. Aber wo sich eine Gelegenheit bietet, tendenziöse Anklagen gegen die Regierung zu erheben, werden sie unerschrocken schimpflich und der Vorlesende hemmt selten ihren Redeschwung. Doch die Plomage des Zeugen Demikh trifft letzten Endes Ludendorff, denn er ist es ja, der durch den Demikh'schen Brief als Mitwisser und Verschörer des Putsches entlarvt wird. In dieser Entlarvung ändert es nichts, daß das Gericht Ludendorffs Vereidigung beschließt, ohne daß der Oberreichsanwalt Widerspruch erhebt. Ludendorff schwört, Demikh schwört — gestern Verschwörer, heute Schwörer.

Zeuge Ludendorff erklärt noch, daß er die verlesenen Briefe von Demikh und Treiblich-Pincus nicht erhalten habe. Weiter sagt er, er habe am 13. März auf alle Fälle ein Blutvergießen verhüten

wollen, deshalb sei er in der Frühe am Brandenburger Tor gewesen. Nach der Reichsanlei sei er am 13. März aus freien Stücken gegangen. Mit dem Kampf gegen den Bolschewismus sei es ihm und den anderen heiliger Ernst gewesen. Dieser Kampf sei nicht als Aushängeschild für das Kapp-Unternehmen benutzt worden. Am 15. März hatte Ludendorff die Befürchtung, daß die Truppen nicht mehr hinter den Führern stehen würden, und daß ein Kampf gegen die Truppen drohe.

Die Zeugen Harnisch und Ludendorff werden zunächst nicht vereidigt.

Generalmajor Heye wird vereidigt und erklärt, er habe seinerzeit zunächst den Eindruck gehabt, daß die Regierung in Weimar es fälschlicherweise dulden würde, wenn der Krieg gegen Polen weiterginge. Die ganze Bevölkerung Ost- und Westpreußens sei dafür gewesen. Aber man habe bei der Regierung und dem in Weimar tagenden Ostparlament schließlich kein Verständnis für den

### Kampf gegen Polen

gefunden. Die Bewegung mußte deshalb abgeblasen werden. Er habe zwar für die ostpreussischen Pläne Kapps Verständnis gehabt, sie jedoch für undurchführbar gehalten, eine Absage gegeben und ihn gebeten, von diesem Abenteuer abzulassen. Kapp wollte Ostpreußen zu einem Anst für die sog. deutschen Kriegsverbrecher machen. Kapp habe die geschickte Körperschaft nicht entlassen, sondern nur umstimmen wollen.

Rittergutsbesitzer Stubbenдорff äußert sich über die Nationale Vereinigung: Ich in derselben über einen Rechtsputsch gesprochen worden sei, sei ihm nicht bekannt. Er sei am 13. März, abends, nach Berlin gekommen und habe die Aufforderung erhalten, sich zu Pabst zu begeben. Er habe gewisse Verhandlungen mit den Gewerkschaftsführern geführt (lies: zu führen versucht! Red.), um die Verwirrung möglichst zu beseitigen. Kapp habe ihm eine Legitimation ausgestellt. Die Unternehmung gegen den Zeugen sei infolge der Anwesenheit eingestellt worden. Jagow habe abgelehnt, die Leitung der Nationalen Vereinigung für die Provinz Brandenburg zu übernehmen.

Der Zeuge wird nicht vereidigt.

Hierauf wird das Protokoll über die kommissarische Vernehmung des Staatssekretärs Raumer überlesen. Raumer hat am 16. März einen Brief erhalten, der ihn veranlaßte, den Beamten des Ministeriums Widerstand gegen das Kapp-Regiment zu empfehlen.

v. Jagow erklärt, er habe mit der Berufung Stubbendorffs in die Reichsanlei nichts zu tun gehabt.

Oberst von Stockhausen: Lüttw. war Führer der Truppe, welche kommunistische Aufstände in verschiedenen Gegenden niederschlug. Er sprach mit mir, was geschehen könnte, wenn dies einmal nicht mehr geschehen würde. Lüttw. hatte nach meiner Ueberzeugung nur die Absicht, eine starke Regierung zu ermöglichen. Mit seinen patriotischen Absichten stimmte ich nicht immer überein. Wie er dazu gekommen ist, zu eigener Aktivität überzugehen, entzieht sich meiner Kenntnis. Seine politischen Pläne habe ich mit einer gewissen nervösen Sorge gesehen. Pabst hatte ebensowenig etwas von praktischer Idee wie Lüttw. Daß zwischen Ehrhardt und Lüttw. eine Verbindung bestand, wußte ich nicht aus eigener Erfahrung. Die Marinebrigade sollte aufgelöst werden; von der Aktion Ehrhardt habe ich erst am 12. März Kenntnis erhalten. Das Verhältnis Lüttw. zur Regierung, insbesondere zu Kossel, war das denkbar beste. Am 9. März habe ich Admiral von Trotha gebeten, auf Ehrhardt einzuwirken, daß keine Unbefonnenheit unternommen würde.

Konul a. D. Warg: Kapp hat mit mir 1919 über seine allgemeinen Pläne gesprochen, nicht aber davon, daß er die Regierung ergreifen wolle. Das Wort „Diktator“ ist damals öfter gefallen, aber ich dachte nicht, daß Kapp dabei in Frage kommen könnte. Das Ziel Kapps war die Etablierung einer stärkeren Regierung, in der Fachleute ausgenommen werden sollten.

### Die Kommandeurversammlung.

Konteradmiral Heinrich bestreitet, mit in der Kommandeurversammlung im Januar 1920 in Berlin darüber beraten zu haben, v. Trotha abzusetzen und ihn an seine Stelle zu bringen. Putschabsichten habe er nicht gehabt.

Kapitän zur See von Rosenberg: Mehrere Male ist in der Kommandeurversammlung davon gesprochen worden, daß lediglich die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in Betracht komme. Es wurde bestritten, daß ein Rechtsputsch beabsichtigt sei.

Kontreadmiral von Gagen hat auch davon gehört, daß Admiral Trotha ein Telegramm geschickt habe, daß sich die Marine der neuen Regierung zur Verfügung stelle.

Es folgt die schon in der Einleitung gekennzeichnete Aussage des Zeugen Dewitz.

Rechtsanwalt Neumann: In dem Brief sagen Sie: „Unsere Kreise können nur noch kurze Zeit warten“.

Zeuge: Wir warteten auf den Kommunistenaufruf. Wenn er nicht kam, so erlahmte die Bereitschaft der Einwohnerschaft zur Abwehr.

### Das Gebot der Selbsthilfe

mußte der Landbevölkerung immer mehr klar gemacht werden. Der damalige Landwirtschaftsminister Braun, der erklärt hatte, er sei stolz, ein Minister der Landarbeiter zu sein, hatte eine Hausordnung bei mir vornehmen lassen, weil er uns Putschabsichten unterjoch.

Der Zeuge wird nicht vereidigt.  
 Rittmeister a. D. Zikewitz-Berlin: Im Jahre 1919 ist mir ein Verhören zwischen Lüttwig und Bauer aufgefallen. Lüttwig dachte darüber nach, wie der Verfassung Geltung verschafft werden könne. Lüttwig hat mich wiederholt nach der Stimmung der Truppe gefragt, im Sommer und Herbst 1919 und Anfang 1920. Die Auffassung der älteren Offiziere war, daß sie sich in politische Dinge nicht einzumischen hätten.

Major Kurt Fleischer: Rapp ging oft zu Lüttwig ins Ministerium von Oktober oder November 1919 bis zum Rapp-Putsch. Am Rapp-Putsch war ich nicht beteiligt. Ich habe am Morgen des 13. März meinen Dienst niedergelegt. Lüttwig hat sich über die Stimmung der Truppe getäuuscht, indem er glaubte, sie wäre bereit ihm zu folgen, auch in denen, die vielleicht zu einem Druck auf die Regierung dienen sollten.

Zeuge Konteradmiral Reimann wurde von Admiral v. Levetzow zu der Kommandeureversammlung nach Berlin geschickt, um zu erklären, daß eine Heranziehung der Offiziere zu politischen Zwecken bedenklich sei.

Nach der schon oben gewürdigten Befundung des ahnungslosen Ehrhardt-Adjutanten Trotha verkündet das Gericht die Ablehnung des von der Verteidigung gestellten Antrags, den Grafen Brockdorff-Rantau als Zeugen zu laden, als für die Beweiserhebung unerheblich.

Sudendorff, v. Dewitz und Harnisch werden nachträglich vereidigt, während v. Trotha und v. Stubendorff unvereidigt bleiben, weil bei letzteren beiden der Verdacht der Teilnahme nicht völlig beseitigt ist.

Sämtliche heute vernommenen Zeugen werden sodann entlassen. Weiterverhandlung Sonnabend vormittags 9 1/2 Uhr. Schluß nach 3 Uhr.

## Wirtschaft

### Ursachen der Kohlennot.

Der deutschen Wirtschaft droht die schlimmste Gefahr: eine weitere Verschärfung des ohnehin schon seit Monaten fühlbaren Kohlenmangels. Die Reichseisenbahn rechnet bereits mit der Notwendigkeit, Schnellzüge in den nächsten Tagen ausfallen zu lassen, und die Berliner Zeitungen machen ihre Leser darauf aufmerksam, daß infolge unzureichender Belieferung mit Kohle verschiedene lässliche Papierfabriken ihren Betrieb bereits

eingestellt haben oder sehr bald einstellen müssen. Die deutsche Kohleenerzeugung entspricht ebenfalls nicht mehr dem Bedarfe der weiterverarbeitenden Industrien. Ungefähr 20 Hochöfen, die für ihre Erzeugnisse statt Abfall finden würden, können wegen Mangels an Kohle und Koks nicht angeblasen werden. Bei den Gaswerken wie bei der Reichsbahn und anderen lebenswichtigen Betrieben sind nur ganz geringe Vorräte vorhanden. In einzelnen Betrieben verfügt die Eisenbahn nur noch über Vorräte für drei Tage. Welches sind die Ursachen dieser vor allem für den Arbeitsmarkt und die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln so bedrohlichen Situation? Der deutsche Bergbau hat schon seit längerer Zeit, um den Forderungen der Entente entgegenzukommen, die Belegschaften der Zechen nach Möglichkeit vermehrt. Im Ruhrgebiet werden gegenwärtig etwa 550 000 Bergarbeiter beschäftigt gegen 533 000 im Dezember 1920 und 390 000 im Jahre 1913. Die Arbeitsleistung des Untertagearbeiters pro Kopf und Stunde betrug im August 1921 116,4 Kilogramm gegen 113 Kilogramm im entsprechenden Monat des Vorjahres. Im Jahre 1913 betrug die entsprechende Leistung durchschnittlich 136,5 Kilogramm. Der in der Nachkriegszeit eingetretene Rückgang in der Förderleistung des einzelnen Untertagearbeiters erklärt sich daraus, daß während des Krieges in den Gruben Raubabbau getrieben wurde und daß jetzt notwendigerweise die stehengebliebenen geringwertigen Flöze abgebaut werden müssen. Der Vermehrung der Belegschaft läßt auf verschiedene Schwierigkeiten. Die Arbeit des Bergmanns, insbesondere des Untertagearbeiters, ist eine so schwere, daß man nicht beliebige Arbeitslose einstellen kann. Ferner ist bei dem jetzigen Wohnungsmangel in den Industriezentren die Unterbringung von Bergarbeiterfamilien nur dadurch möglich, daß in der Nähe der Zechen entsprechende Wohnräume neu errichtet werden. In verschiedenen Bezirken hauen vorläufig noch zahlreiche Bergarbeiterfamilien in Notbaracken, so daß an die Einstellung weiterer Kräfte erst gedacht werden kann, wenn für jene reguläre Wohnungen hergestellt sind. Einen schweren Krebschaden der deutschen Kohlenversorgung bilden die immer weitergehenden Sortenansprüche der Entente. Für den Inlandsmarkt bleiben in der Hauptsache nur geringwertige Kohlen, wodurch natürlich der Ruhezustand bedeutend herabgemindert wird. Ganz wesentlich zur Verschärfung der Lage hat natürlich auch der ober-schlesische Aufstand im Mai und Juni dieses Jahres beigetragen. Hierdurch wurde das Ruhrrevier genötigt, die Ausfälle der ober-schlesischen Produktion für die Dauer von etwa 10 Wochen zu decken. Infolgedessen ist besonders die Ansammlung von Vorräten für den Winter fast ganz unmöglich geworden. Die starke Inanspruchnahme des Wagnports der Eisenbahnen und der niedrige Wasserstand der deutschen Flüsse haben eine ungewöhnliche Belastung der Eisenbahn

und damit einen sehr langsamen Abtransport der Kohle von den Zechen zur Folge gehabt. In Sachsen trat ein besonderer Mangel dadurch ein, daß die böhmischen Braunkohlelieferungen eine Zeitlang in tschechischer Valuta fakturiert wurden. Die Einfuhr stieg infolgedessen längere Zeit vollständig, und der Ausfall mußte durch Lieferungen von mitteldeutscher Braunkohle gedeckt werden. Für Nordostdeutschland und besonders für Berlin ist nach der Umstand von Bedeutung, daß die ober-schlesische Kohle schon jetzt vorzugsweise nach den an Polen fallenden Bezirken geht. Die Ursachen der augenblicklichen Kohlennot sind also recht mannigfacher Art, und es wird im Hinblick auf den gegenwärtig sehr hohen Bedarf der gesamten Industrie und geringen Vorräte bei den Verbrauchern aller Anstrengungen bedürfen, um eine weitere Verschlechterung der Lage hintanzuhalten.

Die ankommende Besserung der Markt führte an der gestrigen Berliner Börse zu folgenden Ermäßigungen der amtlichen Devisenkurse: 1 Dollar 188,31 (gegen vorgestern 202,79), 100 holländ. Gulden 6743,25 (7343,43), 1 Pfund Sterling 771,70 (824,15), 100 französische Frank 1483,50 (1523,45) und 100 Schweizer Frank 3671,30 (3921,05) Mark. Die Effektenkurse waren ebenfalls rückgängig, doch blieben die Kurseinbußen, von Ausnahmen abgesehen, in Grenzen von 100 Proz., zumal im weiteren Verlauf der Börse nach mattem Beginn eine leichte Befestigung Platz griff. Für einzelne Anleihewerte machte sich Interesse geltend.

## Soziales.

### Weibliche Beisitzer für Gewerbegerichte.

Dem Reichstage ist ein Gesetzentwurf zugegangen, der es Personen weiblichen Geschlechts ermöglicht, als Beisitzer in Gewerbegerichte und Kaufmannsgerichte berufen zu werden. In der Begründung führt die Reichsregierung aus:

„Die Wählbarkeit der Frauen zu Mitgliedern der Gewerbegerichte und der Kaufmannsgerichte stellt eine alte Forderung aller wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitnehmer dar, die seit dem Inkrafttreten der neuen Verfassung des Deutschen Reiches unter Berufung auf deren Artikel 109 und 128 erneut und dringend erhoben wurde. Der Reichstag hat sich diese Forderung in einem beinahe einstimmig beschlossenen Ersuchen an die Reichsregierung vom 3. März 1921 zu eigen gemacht.“

**PRYM'S ZUKUNFT DRUCKKNOPF**

**WILLIAM PRYM G. \* M. \* B. \* H.**

**\* DIE WELTMARKE \***

**STOLBERG RHLD BERLIN C2 WIEN 1**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
 Verwaltungsstelle Berlin N 54, Lindenstraße 83/85.  
 Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.  
 Telefon: Amt Norden 833, 834, 835, 836.  
 Montag, den 12. Dezember, nachm. 5 Uhr, im „Alexandiner“, Alexandrinenstr. 37a (Seal);  
**Verammlung**  
 aller in den Betrieben „Berliner Kunstgewerbe“ beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen.  
 Tagesordnung: 1. Bericht von der Kartellverwaltung am 7. Dezember. 2. Disziplin 10/13 Die Ortsverwaltung.

**Alfmetalle**  
 en gros  
 von Fabrikanten und Händlern  
**Robert Bader & Sohn, Berlin SO 26**  
 Fernsprecher: Moritzpl. 667 :: Mariannenplatz 22  
 Vertreterbesuch = Freie Abholung

**Betriebswerkstatt**  
 für Konfektion zu kaufen oder mieten gesucht. Angeb. mit oder ohne Inserat.  
**Spicker & Co., Strauß 42-43**

Auf Grund des bei den unterzeichneten Banken erhällichen Prospekts sind  
**M. 20 000 000 neue Stammaktien**  
 der  
**Zise, Bergbau - Aktiengesellschaft**  
 in Grube Zise N. L.  
 5000 über je M. 1000 Nr. 30001—50000  
 zum Handel und zur Notiz an der Berliner Börse zugelassen worden.  
 Berlin, Frankfurt a. M., Köln, Hamburg, im Dezember 1921.  
**Mitteldeutsche Creditbank. Gebrüder Sulzbach.**  
**H. Schaaffhausen'scher Bankverein A. G.**  
**Vereinsbank in Hamburg.**

**Garderobe**  
 auf bequemste  
**Teilzahlung**  
 bei billiger Preisberechnung  
 Anzüge 795.— 990.— 1290.—  
 Herren-Raglans 990.— 1170.— 1400.—  
 Paletots 590.— 750.— 1200.—  
 Kostüme 750.— 940.— 1800.—  
 sowie sehr preiswerte Röcke, Kleider, Regenmäntel  
**BURSCHEN-ANZUGE**  
 Gute Ware! Große Auswahl!  
**M. Beiser, Lothringerstr. 67.**

**NAUMANN**  
**SEIDEL & NAUMANN DRESDEN**  
 Vertretter: Emil Halbarth  
 BERLIN W 8, Friedrichstraße 55a  
 TELEPHON: Zentrum 10440

**Lebensmittel und Delikatessen**  
 mit Gehalt in jeder Gegend Berlin SW mit anst. Wohnung umhüllbar (sofort preiswert zu verl. Anfragen Charlottenburg, Rönigk-Gilbertstr. 6 (Reisort))

**Weihnachtsverkauf**  
 infolge  
 alter Abschlüsse  
 unter Tagespreisen:  
 Anzüge • Sportulster • Ulster  
 Regenmäntel • Joppen • Hosen  
 Unterwäsche • Socken • Stiefel • Stoffe  
 Frauenröcke • Frauenulster  
 Taghemden • Schlüpfer  
 Strümpfe • Wolle  
**NEUNER-KONZERN**  
 Organisation zur Verbilligung des Warenbezuges  
 Berlin W 9 / Linkstraße 2  
 Lagerverkauf II. Etage  
 geöffnet von 1/2 9-6 Uhr  
 Versand nach außerhalb per Nachnahme  
 Preisliste Nr. 11 wird auf Wunsch zugesandt

# Massenkundgebung

der vertriebenen Elsaß-Lothringer, Ostmärker, Auslandsdeutschen und Kolonialdeutschen:  
**„Gegen die Verschleppung der Entschädigung“**  
 am Sonntag, 11. Dezember, pünktlich 11 Uhr vorm., in der Brauerei Friedrichshain, Friedrichshain.

Es handelt sich um Eure eigene Sache! Es ist Pflicht eines jeden zu erscheinen!  
 Vorsitz: Herr v. Tilly. Redner: Die Herren Gadomski, Ginschel, Grosse, Hahl, Lauchert.  
 Verbindung: Stadtbahnhof und U-Bahnhof Alexanderplatz. Straßenbahnnummern 1, 2, 3, 10, 60, 74, 80, 162, Q. Der Saal ist geheizt!

**Hilfsbund der Elsaß-Lothringer im Reich E.V. Deutscher Ostbund E.V. Bund der Auslandsdeutschen E.V.**  
**Reichsverband der Kolonialdeutschen und Kolonialinteressenten E.V.**

# Drei Pioniere der Excedol-Gesellschaft



Was ist  
**Excedol?**

Bestandteile  
Betul. Urea pura Sachar. Spuren von Phenolph. Tct. aromatic.

„Excedol“ ist ein rein pflanzliches oelfreies und vollkommen unschädliches Mittel bei Steinleiden. Es werden durch „Excedol“ Gallensteinleiden sowie Nierensteinleiden in außerordentlich günstiger Weise beeinflusst.

## Die qualvollen Kolikerscheinungen

werden durch „Excedol“

## prompt beseitigt!

„Excedol“ wirkt außerordentlich anregend auf die Absonderung der inneren Drüsen. „Viele Kranke haben die wertvolle Wirkung des „Excedol“ bestätigt.“ „Excedol“ hat die vorhandenen Beschwerden beseitigt – und ein Wiederauftreten des Leidens verhindert



Was ist  
**Corliber?**

Bestandteile  
Dros. Urea pura Sachar. Spuren von Phenolph. cinnam.

„Corliber“ ist ebenfalls ein rein pflanzliches, giftfreies Präparat, das kein Jod enthält. „Corliber“ setzt den bei Adernverkalkung erhöhten Blutdruck wesentlich herab, wodurch die Atmung auffallend leichter und freier wird. „Corliber“ übt seinen überaus günstigen Einfluß auf das Gefäßnetz der Leber aus, wodurch oben erwähnte Erscheinung bedingt ist.

„Jolacta“ ist ebenso wie vorgenannte Präparate rein pflanzlicher Natur: garantiert giftfrei und für den Säugling wie für die stillende Mutter vollkommen unschädlich. „Jolacta“ regt die Absonderung der Brustdrüse (Muttermilch) in ganz hervorragender Weise an. Das seit Jahrzehnten gesuchte Anregungsmittel mit Wirkung auf die Brustdrüse der stillenden Mütter dürfte in dem Präparat „Jolacta“ gefunden sein.

**Zum Beweis liefern wir unbemittelten stillenden Müttern auf ärztliches Rezept bis zum 15. Januar 1922 kostenlos – bei Abholung aus unserem Betriebe – „Jolacta“ in Originalpackung.**



Was ist  
**Jolacta?**

Bestandteile  
Extr. artic. Urea pura Sachar. Tct. aurant.

Sämtliche Präparate der Excedol-Gesellschaft werden mit reinem Zucker (Sacharum) also keinem Sacharin hergestellt. – Ueber die prompte und nachhaltige Wirkung unserer Excedol-Präparate liegen Dankschreiben und langjährige ärztliche Beobachtungen vor.

**Wir haben uns entschlossen, der leidenden, unbemittelten Bevölkerung Groß-Berlins unsere 3 Präparate auf ärztliches Rezept hin – bis 15. Jan. 1922 – kostenlos in Originalflasch. in unserem Betriebe zu verabreich.**

Käuflich sind Excedol-Präparate in allen Berliner Apotheken

**Excedol-Gesellschaft für Herstellung pharmaceut. Präparate**

Bülowstraße 66

BERLIN W 57

Lützow 8947



# Groß-Berlin

## Ein „Knack“ im Bürgerblock.

Das Zentrum als „unzuverlässiger“ Bundesgenosse!

In der Stadtverordnetenversammlung, über die wir am Freitag berichtet haben, unterlag der Bürgerblock den drei Fraktionen der Linken bei der Abstimmung über die Erhöhung von Löhnen und Vergütungen der Arbeiter und nichtständig Angestellten und über die Vereinbarung neuer Gehaltsätze mit den in Streit getretenen Berg-angestellten. Daß mit den Sozialdemokraten, Unabhängigen und Kommunisten, die geschlossen für diese Vorlagen des Magistrats eintraten, auch mehrere Mitglieder der kleinen Zentrumsfraktion stimmten, erregte begreiflicherweise den Jörn der weiter rechts stehenden Fraktionen. Durch die Abspaltung der paar Zentrumsleute wurde die nur auf einem lächerlich geringen Stimmenplus beruhende bürgerliche „Mehrheit“ in eine Minderheit verwandelt, so daß der Bürgerblock einen „Knack“ erlitt.

Ein Stadtverordneter der Deutschen Volkspartei, der eine Zeitungs-korrespondenz herausgibt, puht jetzt die Abtrünnigen tüchtig herunter. Er schimpft:

Von der Zentrumsfraktion waren es die 3 Vertreter der christlichen Gewerkschaften sowie der Vorstehende der Fraktion, Stadtd. Lange, die mit ihren Stimmen den bürgerlichen Antrag auf Ausschüßberatung zu Fall und damit die Magistratsvorlage zur sofortigen Annahme brachten. Der im Zentrum vorhandene Vertreter des Mittelstandes, Stadtverordneter Obermeister Vieten, stimmte gegen die Magistratsvorlage. Der rechte Flügel des Zentrums war bei der entscheidenden Abstimmung nicht anwesend. Nur dadurch kam die sozialdemokratische Mehrheit zustande. Mit dieser Haltung seines linken Flügels, die in den bürgerlichen Reihen des Stadtparlamentes lebhaftes Bestreben und erregte Zurufe an die Adresse des Zentrums auslöste, hat das Zentrum seine Stellung innerhalb der bürgerlichen Fraktionen des Stadtparlamentes aufs schwerste erschüttert, und es muß abgewartet werden, ob die demokratische Fraktion und die Wirtschaftspartei, die bisher eine Art von Arbeitsgemeinschaft mit dem Zentrum eingegangen waren, diese Gemeinschaft angesichts der gestrigen Abstimmung des Zentrums und seiner Hilfe für den sozialistischen Magistrat aufrechterhalten.

Auch die Abstimmung des Zentrums über die Zuweisung der aus der Stadtliste gewählten Stadtverordneten an die Bezirksversammlungen findet nicht den Beifall der Deutschen Volkspartei. Der ihr als Sprachrohr dienende Stadtverordnete tadelt in seiner Korrespondenz, daß die Zentrumsleute, weil sie die Zuweisung eines der Ihrigen an den Bezirk Mitte wünschten, mit den drei Fraktionen der Linken für Zuweisung des Unabhängigen Dittmann an den Bezirk Wilmersdorf und gegen Zuweisung des Deutschnationalen Pfarrer Koch an Bezirk Kreuzberg stimmten. Dazu sagt er:

„Das alles der Sozialdemokratie zuliebe. Zum eigenen Vorteil benutzt das Zentrum, wie man sieht, alle gesetzlich gebotenen Mittel, zur Durchführung einer gemeinsamen Politik der bürgerlichen Mehrheit, die auch gestern vorhanden gewesen wäre, ist es aber in entscheidenden Fällen nicht zu haben. Das Zentrum hat sich als ein höchst unzuverlässiger Bundesgenosse in der Kommunalpolitik erwiesen. Die Richtung Erzberger-Wirth hat bei ihm die Oberhand.“

Man wird nicht fehl gehen, wenn man in dieser heftigen Abzanzelung des Zentrums nicht eine private Stillübung des betreffenden Stadtverordneten, sondern einen Ausdruck der Mißstimmung sieht, die bei der Deutschen Volkspartei gegenüber der Zentrumsfraktion infolge ihrer „Unzuverlässigkeit“ entstanden ist. Die Drohung, daß die Zentrumsfraktion ihre Stellung innerhalb der bürgerlichen Fraktionen des Stadtparlamentes „aufs schwerste erschüttert“ habe, kann nur erheitend wirken. Aufschwerfte erschüttert ist die Standfestigkeit des Bürgerblocks, der als „Mehrheit“ schon bei Verlust der paar Zentrumsleute erledigt wäre.

## Die Sätze der Schulgeldstaffelung.

### Für Minderbemittelte völlige Schulgeldbefreiung.

Der Berliner Magistrat hat, wie wir am Donnerstag meldeten, endlich beschlossen, die durch die Stadtverordnetenversammlung schon

# Kolonisten aus Weltsehmerz

Von Wilhelm Rhenus.

18. September. Pedro sitzt auf dem Dache und deckt. Ich bin Handlanger, der Doktor liegt und schüttelt sich. Wir haben uns schon darin ergeben, daß letzteres einen Log um den andern auf dem Programm steht. Frau Luisa humpelt mit ihren wehen Füßen umher und pflegt ihn. Sie klagt nicht, aber ein vergrämter Zug liegt auf ihrem Gesicht.

Es ist sehr heiß und die Fliegen sind unausstehlich. Pedro scheint verstimmt. Die Arbeit geht ihm nicht recht von der Hand. Hat etwas auf dem Herzen. Am Abend kommt es heraus. Er will für drei bis vier Tage nach Hause, angeblich, um irgendein Fest mitzumachen, bei dem er aus einem Duzend Gründen nicht fehlen darf. Wir haben alle den Verdacht, daß er sich brüden will. Er hat sich wahrscheinlich ausgerechnet, daß er seinen landesüblichen Vorstoß ungefähr abgearbeitet hat, und als lebenslustiger Bursche lehnt er sich aus dem Walde und unserer melancholischen Gesellschaft fort. Unter Verdacht gründet sich hauptsächlich darauf, daß er, hätte er die Absicht wiederkommen, sicher einen neuen Vorstoß verlangt hätte.

Das Dach ist kaum zum vierten Teil gedeckt.

### 9. Verlassen. — Dachdeckerarbeit. — Indianer.

19. September. Als wir uns erheben, ist Pedro schon verschwunden. Wir geben uns beinahe mit keinem Gedanken der Hoffnung hin, daß er wiederkommen wird. Obgleich wir ihm das ein wenig verdenken, ist's uns doch, als sei eine lieb gewordene Einquartierung, bestehend aus einem ganzen Regiment, ohne Sang und Klang abmarschiert. In der Frühstücksstunde gähnt ein riesiges Loch an der Stelle, wo er zu sitzen und zu plaudern pflegte.

Wir fühlten uns verlassen! Jeremias fühlt sich verlassen, und über die Verlassenheit des Hahnes bestand schon längst kein Zweifel mehr.

Ich überrede den Doktor, mit mir ans Dachdecken zu gehen. Habe Pedro ein wenig von dieser Kunst abgesehen, leider ein wenig zu wenig. Trotzdem wir genug loses Stroh zwischen den Sparren durchfallen lassen, um alle Spagen der

# Das Haus ohne Frauen.

Wie die Junggesellen im Ledigenheim wohnen.

Wenn man die Chaussee, und Müllerstraße hinauswandert und hinter dem Ringbahnhof Gesundbrunnen in die Panikstraße einbiegt, so begeht man einen noch immer getreulich die Häuser, die man nicht mit Unrecht Mietkasernen gekauft hat, aber nach einiger Zeit schließt sich einem die machtvolle Weite eines freien Platzes auf und gestattet dem Auge ungehindertes Schweben. Es ist der Brunnenplatz, begrenzt von der Schönstedt-, Thurneßer-, Pant- und Orthstraße. Ritten auf dem Platz steht, trotz aller lächerlichen Pleratte imponant genug, das Amtsgericht Wedding. An der Ecke der Pant- und Böttgerstraße erhebt sich ein Schulbau in dem charakteristischen Rot der Hoffmannschen Ziegelbauten, das Schiller-Enzeum mit einem merkwürdig weit ausladenden Turm. An der Ecke der Schönstedt- und Orthstraße aber reckt sich ein schlanker Puhbau achtunggebietend auf, daß größte und schönste Ledigenheim Groß-Berlins.

Nun sagt ein Wort Wilhelm Busch: „Bestehend ist der äußere Schein der Weisse dringet tiefer ein.“ Und da die meisten kaum eine Vorstellung haben, wie es in einem solchen Junggesellenheim aussieht und zugeht, so sei ein Gang durch dieses Riesenheim geschildert, das 500 Personen zur Wohnung dient.

## Acht Quadratmeter mit Komfort.

Im Vestibül des Heimes wird man sofort eine bestimmte Einteilung gewahrt, die für das ganze Heim gilt. Der eine Flügel ist ein Studentenheim, der andere das eigentliche Ledigenheim, dessen Insassen sich aus Arbeitern, Angestellten, Beamten, Handwerkern und Invalidenten zusammensetzt. Die Verteilung des Raumes hat etwa zu gleichen Teilen stattgefunden, so daß die Studenten nicht mehr Zimmer zur Verfügung haben als die übrigen. Das Riesengebäude besteht aus zwei Vorder-, zwei hinter- und zwei Quersüßeln. Die Innen- bzw. Hinterzimmer gruppieren sich um zwei helle Höfe. Auf dem Dach der Quergebäude befindet sich ein geräumiges Sonnenbad, das im Sommer in ausgiebigster Weise benutzt wird. Jedes Zimmer hat einen Flächeninhalt von 8 Quadratmetern, sind mit Linoleum ausgelegt, haben einen hellen, freundlichen Anstrich, Warmwasserheizung, elektrische Beleuchtung. Das Inventar eines jeden Zimmers, das von dem Heim selbst gestellt wird, besteht aus Bett, Schrank, Tisch, Stuhl, Waschtisch und Bäderkorb. Außerdem ist es den Bewohnern überlassen, sich das Zimmer nach Belieben gemächlich zu gestalten. Der eine hat sich einen alten Regulator mitgebracht, dessen Tid-Tad traulich durch die Stille klingt. Ein anderer ist im Besitz eines Jauteils, dem zwar die Beine fehlen, das aber gerade dadurch außerordentlich gemächlich und luschig wirkt. Ein dritter ist Kunstfreund und hat Bilder und Büsten. Ein vierter photographiert und hat alles mit den Produkten seiner Kunst ausgestattet. Ein fünfter ist eifriger „Studier“ — nicht Student — und die Werte von Marx und Lassalle, dazu Sambari, Wibrand und andere grüßen den Beschauer. Ein sechster wieder ist ein Schönheitsluder, denn über seinem Tisch hängt das Bild eines wunderschönen Mädchens auf einem Prachtstiefel reitend.

## Bad und Mittagstisch im Hause.

Erhebt sich der Insasse früh um sieben, so ist sein Zimmer bereits warm, denn der Hauswart muß die Zentralheizung bereits um 5 Uhr in Gang bringen. Ueber den Fluß kommt der Insasse zum Toilettenraum. Dort ist fließendes, heißes Wasser. Wenn er will, kann er auch ein wohliges warmes oder heißes Fußbad ge-

im Juni d. J. geforderte Staffelung des Schulgeldes der höheren Schulen durchzuführen. Ueber die Sätze der Staffelung, die nach unten bis zur völligen Schulgeldbefreiung gehen wird, verbreitet jetzt das Nachrichtenamt der Stadt folgende Mitteilung:

Der Magistrat hat den Grundsatzen, die die Deputation für Schulwesen für die Ermäßigung des Schulgeldes aufgestellt hat, im wesentlichen zugestimmt. Entsprechend dem Beschlusse der Stadtverordnetenversammlung bei der Aufstellung des Haushalts tritt eine Ermäßigung bis zur völligen Schulgeldbefreiung je nach Einkommen der Eltern und der Anzahl der Kinder ein. Die vom Magistrat vorgeschlagene Staffelung weicht nur insofern von den Vorschlägen der Deputation ab, als sie den heutigen Währungsverhältnissen Rechnung zu tragen versucht. Beschlissen wurde: bei einem steuerpflichtigen Einkommen bis zu 14 000 M. schulgeldfrei,

nehmen, denn Fußbädern sind eingebaut. Kochgas steht gleichfalls zur Verfügung und wer eine gute Nase hat, kann über Mittag die verschiedensten Düfte unterscheiden: Rinderfleisch, Kotelett, Bäckfleisch, Spiegelei, Bratartoffeln. So ein richtiger Junggeselle versteht sich auf die Zubereitung wunderbarer kulinarischer Genüsse. Er muß freilich das Geld dazu haben. Hat er es, wenig oder viel, so steht ihm außerdem auch im Erdgeschoß ein trefflich geleitetes Spielhaus zur Verfügung. Für 3,50 M. gibt es eine reichliche Portion nahrhafte Erbsuppe. Das höchste der Gefühle, ein saftiges Kotelett, ist für 10 M. zu haben. Mischspeise als verlangt wird. In dem Flügel an der Orthstraße befindet sich ein gut geleitetes Wannenbad, wo die Heimgäste für 2 M., Fremde für 3 M. baden können. Eine Bäckerin sorgt für die geistigen Bedürfnisse. Ueberblickt man das Ganze und vergleicht damit die trostlosen und unwürdigen Spelunken, in den modernen Männer der Arbeit mit einer zahlreichen Familie zu zehntausenden in Berlin hausen müssen, Wohnungen, die von all dem Komfort, der den Insassen des Ledigenheims zur Verfügung, nichts, aber auch gar nichts aufweist, so sollte man annehmen, daß die Ledigenheimer, verglichen mit diesen Familien, sich wie im Paradies vor-tommen müssen.

## Kritiker am Zimmerpreis.

Das ist aber nun keineswegs der Fall. In dem Heim ist eine große Unruhe darüber entstanden, daß die Mietpreise in der letzten Zeit erhöht worden sind, und zwar soll das Zimmer, je nach seiner Lage, zwischen 115 und 135 M. monatlich kosten. Dieser Preis wird wie folgt errechnet: Grundmiete 33 M., Heizung 27 M. (täglich 90 Pf. Wer kann sich das in ein warmes Zimmer machen?), Licht 1,65 M. (monatlich), Kochgas 4,20 M., Wäsche 9 M., Wasserlieferung, warm und kalt, 4,70 M., Benutzung der Möbel 5,15 M. und Reinigung 37,80 M., zusammen als Durchschnitt 122,50 M. monatlich. Befremdend wirkt bei diesen Zahlen die Höhe der Reinigung, doch mußten dazu vollberuflich tätige Frauen angestellt werden, die natürlich tariflich bezahlt werden müssen. Da eine gründliche Reinigung zweimal in der Woche stattfindet, so kostet jede Reinigung durchschnittlich 3 M. Von den Kritikern wird nun darauf hingewiesen, daß Kriegsentener und Arbeitslose diese Sätze nicht bezahlen können. Doch wurde uns mitgeteilt, daß auf dem Unbenutzte die denkbar größte Rücksicht genommen wird, während die Erhöhung notwendig war, um die Unkosten des Heimes einigermaßen zu decken. Eine weit größere Erhöhung aber wäre notwendig geworden, wenn nicht das Bezirksamt eine Anzahl Räume des Heimes notwendigerweise in Benutzung nehmen mußte — auch das hat Unwillen erregt — mit einer jährlichen Miete von 80 000 M. bezahlt. Durch diesen Betrag können die Mieten der Heimgäste niedriger gehalten werden als es sonst der Fall war.

Der Eindruck des Ganzen ist ein so durchaus erfreulicher, daß man wünschen muß, es möge den Insassen gelingen, in Berücksichtigung ihrer an sich tadellosen Wohngelegenheit ihrer Kritik und ihrer Unzufriedenheit die Form zu geben, die es dem Bezirksamt ermöglicht, den Wünschen der Insassen nach Maßgabe der Umstände zu entsprechen. Man mag den Kritikern das Recht zugestehen, die Verhältnisse noch immer mehr zu bessern, aber man muß auch an ihr soziales Empfinden appellieren und sie auf jene trostlosen und einschüßlichen Wohnverhältnisse hinweisen, in denen zehntausende ihrer Klassenossen schmachten müssen. Diese Verhältnisse zu bessern ist die nächste große Aufgabe und dringendste Notwendigkeit.

über 14 000 bis 18 000 M. für das erste Kind 250 M., für das zweite Kind 125 M., die übrigen Kinder frei; über 18 000 bis 24 000 M. für das erste Kind 375 M., für das zweite Kind 250 M., für das dritte Kind 125 M.; über 24 000 bis 40 000 M. für das erste Kind 500 M., für das zweite Kind 375 M., für das dritte Kind 250 M., für das vierte Kind 125 M.; über 40 000 M. für jedes Kind 500 M.

Eine wesentliche Erleichterung für die schulgeldpflichtigen Eltern tritt dadurch ein, daß das steuerpflichtige Einkommen nach der Steuerveranlagung von 1920 erfolgt. Nach Mitteilung der Finanzbehörden ist diese im Laufe des Frühjahres bestimmt zu erwarten. Die zwangsweise Einziehung von Schulgeld läßt sich nicht völlig umgehen, doch soll in allen begründeten Fällen ein weites Entgegenkommen geübt und Stundung der Zahlung des noch nicht ermäßigten Schulgeldes gewährt werden.

vielleicht, daß sich die Indianer bei ihrem nächsten Besuch keiner Formalitäten bedienen werden. Ich suche sie von der Harmlosigkeit dieser Wilden zu überzeugen und klettere dann auf das Dach, fest entschlossen, heute noch damit fertig zu werden.

Es gelingt mir, und es bleibt ein Haufen Stroh übrig. Da der Kranke im Bett liegt und die Palmhütte ein etwas enger und dumpfer Schlafplatz ist, so schlage ich mein Nachtlager in dem Neubau auf. Er hat zwar noch keine Wände, aber ein Dach, für das ich zum größten Teil verantwortlich bin.

Und wie ich da vor dem Einschlafen noch eine Weile dableibe, beim matten Schein einer Laterne mein Tagebuch führe und sinnend nach oben blicke, da sehe ich einen Stern mit mildem Glanz auf mich herniederstrahlen. Es ist ein Stern erster Größe und ich überlege, was es wohl für einer sein mag. Dabei werde ich mir bewußt, daß es selbst für Sterne erster Größe eine ungewöhnliche Leistung ist, durch Dächer hindurchzuschienen.

Und ich schide durch mein transparentes Dach ein in-brünstiges Strohgebäl nach oben, daß es wenigstens diese Nacht noch nicht regnen möge.

### 10. Eine böse Entdeckung und ein ver-zweifelter Schritt.

20. bis 22. September. Frau Luisa macht beim Füttern ihres Kanarienvogels eine schreckliche Entdeckung. Ihr Vorrat an Kanariensamen ist beinahe ganz von Mäusen oder sonstigem Ungeziefer gefressen. Auch wenn sie die Kanarien sehr beschneidet, muß ihr Liebling bald ohne sein gewöhnliches Futter sein. Sie ist ganz untröstlich. In der Tot hätte sie kaum geknattert sein können, wenn sie ein Flossenkind ihr eigen genannt und vor der Leiche ihrer einzigen Mischzäh gestanden hätte.

In meiner Unschuld schlage ich Maiskörner als Ersatzfutter vor, was sie für einen plumpen Scherz hält und erst recht weint. Das ist zu viel für mich. Ich erkläre mit fester Stimme, daß ich mit Jeremias nach gemischtem Honnsamen ausreiten werde, und sollte ich bei dem Versuch zugrunde gehen. Sie sieht mich halb zerknirscht, halb glücklich an: „Am Städtchen gibt es welchen.“ sagt sie zögernd.

(Fortf. folgt.)

Welt mit Nitrostoff zu versorgen, behalten wir doch, nachdem über die Hälfte des Daches am Abend gedeckt ist, nach unserer Schätzung genug Stroh übrig, um eine Scheune zu decken.

20. September. Der Doktor will einen Versuch machen, das Fieber durch einen Gewaltmarsch zu brechen, und läuft nach einer Tasse Kaffee in den Wald hinein, der verwachsenen Bitade folgend. Frau Luisa steht mich an, mit ihm zu gehen, was ich natürlich tue — Dach Dach sein lassend. Vielleicht befürchtet sie, daß ihr Gatte in seinen Fieberphantasien den Wald so lange nach seinen Statkollegen durchsucht, bis er sich nicht mehr herausfindet.

Wir sind wohl eine Viertelstunde unterwegs, als lautes, angstvolles Rufen von unserem Lager her uns mit einem Rud stehen bleiben, dann umwenden und im Dauerlauf zurück-eilen läßt. Es ist Frau Luissas Stimme. Sie kommt uns auf halbem Weg atemlos entgegen. Indianer! stammelt sie bloß. Wir laufen weiter, sie hinter uns her. Da vor dem Zeit stehen richtig drei dieser Naturkinder — kleine Gestalten, uns mit einem breiten Lächeln begrüßend. Ihre Toilettengegenstände konnte man in einer Westentasche unterbringen. Jeder hat einen mächtigen, sechs Fuß langen Bogen und eine hübsche Kollektion vier Fuß langer Pfeile. Einer von ihnen scheint eine höhere Würde zu bekleiden, da ihm ein kleines Tonpfelschen um den Hals hängt. Wo er den dazu gehörigen Tabak trägt, ist uns ein Rätsel.

Sie betrocknen mit kindlicher Neugier alles ihnen Fremd-artige. Der Doktor, den es schon wieder schüttelt, kann es sich nicht verlagern, ihnen auf einer kleinen Ruffstiefe etwas vor-zuspielen. Sie sind aus dem Häuschen und schlagen panto-mimisch Lautschgeschäfte vor. Natürlich wollen sie die Ruffst-dose. Indem wir alle beistimmen, geben wir statt dessen dem Hauptsächlich ein Ruchthend, das ihm etwa einen Fuß zu lang ist, und eine Reismühle. Den übrigen ein Stückchen Zeug und außerdem einem jeden einen der vom Frühstück übrig-gebliebenen Maiskuchen. Dafür erhalten wir einen Bogen nebst Pfeilen und das Tonpfelschen. Sie sind seelenvergnügt, schnuppern noch ein Weilschen umher und trollen dann ab, an den Maiskuchen knabbernd. Se. Majestät, mit Ruchthend und Reismühle bekleidet, verschwindet als letzter im Waldes-dunkel.

Der Doktor schüttelt sich jetzt ungestört unter seinen Decken. Frau Luisa betastet ängstlich Pfeil und Bogen der Indianer. Sie hatte ihre Furcht noch nicht überwunden und besorgt

